

Landtag Rheinland-Pfalz
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/65

65. Sitzung

Freitag, den 23. Januar 2004

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2004 (LHG 2004)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/2520 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 14/2820 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 14/2821 –

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

– Drucksachen 14/2823/2858 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/2827 –

Entschließungsanträge der Fraktion der CDU

– Drucksachen 14/2822, 14/2824 bis 14/2826 –

Entschließungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksachen 14/2828 bis 14/2846, 14/2851 bis 14/2857, 14/2859/2860 –

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksachen 14/2847/2861 –

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD und FDP

– Drucksachen 14/2848 bis 14/2850 –

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2003 bis 2007

Unterrichtung durch die Landesregierung

– Drucksache 14/2521; Vorlage 14/2625 – 4355

Fortsetzung der Beratungen vom 21. und 22. Januar 2004

Einzelplan 04 – Ministerium der Finanzen 4355

Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen und Wohnungsbauförderung 4355

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzen4355

Die Einzelpläne 04, 12 und 20 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

dazu: Landesreferenzzinsgesetz (LRZG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/2748 –

Erste Beratung.....4355

Privatisierung der naomi technologies AG – Gesellschaft für Nano-,

Oberflächen- und Mikrotechnik (naomi) –

hier: Einwilligung des Landtags nach § 65 Abs. 7 LHO

Antrag des Ministers der Finanzen

– Drucksache 14/2788 –

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 14/2804 –4355

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2748 – wird an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.....4373

Die Beratung des Antrags des Ministers der Finanzen – Drucksachen 14/2788/2804 – wird bis nach den Abstimmungen zum Haushaltsgesetz unterbrochen.

Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2004 im Einzelnen.....4374

Der Präsident des Landtags wird ermächtigt, die sich aus der Annahme von Änderungsanträgen unmittelbar ergebenden redaktionellen Folgeänderungen vorzunehmen.....4376

...tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/2803 –

Zweite Beratung.....4379

Die zweite Beratung wird fortgesetzt.

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2803 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.....4379

...tes Landesgesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/2805 –

Zweite Beratung.....4379

Die zweite Beratung wird fortgesetzt.

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2805 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.....4379

**Privatisierung der naomi technologies AG – Gesellschaft für Nano-,
Oberflächen- und Mikrotechnik (naomi) –**

hier: Einwilligung des Landtags nach § 65 Abs. 7 LHO

Antrag des Ministers der Finanzen

– Drucksache 14/2788 –4379

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 14/2804 –

Die Beratung wird fortgesetzt.

*Der Landtag erteilt einstimmig seine Zustimmung zur Veräußerung der Aktien des
Landes an der naomi technologies AG – Gesellschaft für Nano-, Oberflächen- und
Mikrotechnik (naomi).....4379*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Ernst-Günter Brinkmann, Reinhold Hohn, Erhard Lelle, Dr. Gerhard Schmidt, Christine Schneider, Anne Spurzem; Statssekretär Stadelmaier.

Rednerverzeichnis:

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4377, 4378
Abg. Dr. Weiland, CDU:	4356, 4370
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4355, 4361, 4372
Abg. Itzek, SPD:	4358
Abg. Jullien, CDU:	4374, 4376
Abg. Kuhn, FDP:	4364, 4365
Abg. Schnabel, CDU:	4371
Abg. Wirz, CDU:	4371
Mittler, Minister der Finanzen:	4366, 4368, 4370
Präsident Grimm:	4355, 4356, 4358, 4361, 4364, 4365, 4366, 4368, 4370, 4371 4372, 4373, 4374, 4376, 4377, 4378

**65. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 23. Januar 2004**

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 65. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Für heute sind die Abgeordneten Dr. Gerhard Schmidt, Anne Spurzem, Erhard Lelle, Christine Schneider und Reinhold Hohn entschuldigt. Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Dr. Edmund Geisen und Erwin Rüdgel. Herr Rüdgel führt die Rednerliste.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2004 (LHG 2004)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/2520 –
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Haushalts-
und Finanzausschusses
– Drucksache 14/2820 –**

**Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 14/2821 –**

**Änderungsanträge der Fraktion der CDU
– Drucksachen 14/2823/2858 –**

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/2827 –**

**Entschließungsanträge der Fraktion der CDU
– Drucksachen 14/2822, 14/2824 bis 14/2826 –**

**Entschließungsanträge der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 14/2828 bis 14/2846, 14/2851 bis
14/2857, 14/2859/2860 –**

**Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD,
CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 14/2847/2861 –**

**Entschließungsanträge der Fraktionen
der SPD und FDP
– Drucksachen 14/2848 bis 14/2850 –**

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz
für die Jahre 2003 bis 2007
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 14/2521; Vorlage 14/2625 –**

Entsprechend der beschlossenen Tagesordnung setzen wir die Beratung zum Landeshaushaltsgesetz 2004 fort:

**Einzelplan 04
– Ministerium der Finanzen –**

**Einzelplan 12
– Hochbaumaßnahmen und
Wohnungsbauförderung –**

**Einzelplan 20
– Allgemeine Finanzen –**

Außerdem rufe ich die **Punkte 3** und **6** der Tagesordnung auf:

**Landesreferenzzinsgesetz (LRZG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/2748 –
Erste Beratung**

**Privatisierung der naomi technologies AG
– Gesellschaft für Nano-, Oberflächen-
und Mikrotechnik (naomi) –
hier: Einwilligung des Landtags
nach § 65 Abs. 7 LHO
Antrag des Ministers der Finanzen
– Drucksache 14/2788 –**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Haushalts-
und Finanzausschusses
– Drucksache 14/2804 –**

Im Ältestenrat ist eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion vereinbart worden. Ich schlage vor, dass zunächst die Berichterstattung zu Punkt 6 der Tagesordnung durch Frau Kollegin Thomas erfolgt.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, im Juli vergangenen Jahres unterrichtete die Landesregierung den Haushalts- und Finanzausschuss über die Gründung der naomi technologies AG. Nach der Schließung des IBM-Werks sollte naomi einen Kernbereich der IBM-Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsinfrastruktur in Mainz erhalten. Das Land beteiligte sich mit 2,365 Millionen Euro an naomi. Das waren 90 % der Anteile. Den Rest stellten die etwa 25 Beschäftigten. Eine rein private Beteiligung sei –so die Landesregierung – damals aufgrund der Konjunkturlage nicht möglich gewesen. Außerdem versprach man sich Aufträge durch eine IBM-Tochtergesellschaft und überdies Synergien aus der Zusammenarbeit mit dem Institut für Mikrotechnik in Mainz.

Das Engagement des Landes sollte von Anfang an zeitlich befristet bleiben. Ein halbes Jahr später beantragte die Landesregierung gemäß der Landeshaushaltsordnung, dass der Landtag dem Verkauf der naomi-Aktien zustimmt. Eine Entscheidung hierüber sollen wir heute treffen. Ein mittelständisches Unternehmen aus Hessen ist bereit, die Anteile zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, die Beteiligung an naomi war in diesem Hause umstritten. Das große finanzielle Risiko

des Landes wurde seitens der Opposition ebenso kritisiert wie die hohe Förderung der einzelnen Arbeitsplätze mit jeweils 100.000 Euro. Bislang sind die erwarteten Aufträge von IBM ausgeblieben. Daher arbeitet naomi mit Verlust. Der Verlust des vergangenen Jahres – voraussichtlich bis zu 1 Million Euro – wird auf den Kaufpreis angerechnet, den das Land erzielt.

Weitere Einzelheiten hat der Haushalts- und Finanzausschuss in vertraulicher Sitzung behandelt, sodass ich an dieser Stelle nicht darauf eingehen kann. Der jetzt geplante Verkauf stieß im Haushalts- und Finanzausschuss auf Zustimmung. Deshalb empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Veräußerung der Beteiligung des Landes an der naomi technologies AG und bittet um Zustimmung.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nun die Aussprache bezüglich der zuvor genannten Einzelpläne. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Weiland.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist guter Brauch – ich bin dankbar dafür –, dass die traditionelle Debattenregie Gelegenheit gibt, insbesondere im Zusammenhang mit dem Einzelplan 20 die Haushalts- und Finanzpolitik im Licht der bisher gemachten Beiträge der beiden vergangenen Tage noch einmal zu beleuchten. Ich will gleich in die Sache einsteigen. Der Ministerpräsident hat an die Opposition die Frage gerichtet, ob das, was wir gesagt haben, in den Zahlen wiederzufinden ist. Das ist eine berechtigte Frage.

(Dr. Schiffmann, SPD: Ihr seid ja Zahlenkünstler!)

Deshalb stelle ich die Frage, ob die Ankündigung, im Haushaltsjahr 2008 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ihre Entsprechung darin findet, dass in der eigenen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2008 eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 391 Millionen Euro vorgesehen ist. So viel zur Glaubwürdigkeit.

(Beifall der CDU)

Ich nenne eingangs zwei Zahlen, die in dieser Haushaltsdebatte nicht streitig gestellt worden sind, weil sie schlicht und ergreifend unstrittig sind und nicht bestritten werden können. Wenn ich Ihnen diese Zahlen genannt habe, dann sage ich Ihnen, was ich darin erkenne.

Erste Zahl: Schuldenstand 1991 nach über 40 Jahren Land Rheinland-Pfalz: 10 Milliarden Euro. Zweite Zahl: Schuldenstand Ende 2006 nach der eigenen Finanzpla-

nung dieser Landesregierung – also nur 15 Jahre später –: 25 Milliarden Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, daran erkenne ich eine Steigerung der Schulden in nur 15 Jahren SPD/FDP-Landesregierung um etwa 150 %. Niemand wird ernsthaft erwarten, dass das jemand für gut hält. Diese Landesregierung ist angesichts solcher Zahlen zweifellos am Ende, und die Luft ist raus.

(Beifall der CDU)

Die Opposition muss das immer wieder – schlicht und ergreifend, weil es ihre verfassungsmäßige Aufgabe ist – laut und deutlich sagen, unabhängig davon, ob es gefällt oder nicht gefällt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer angesichts einer solchen Entwicklung von einer Dämonisierung der Schulden durch die Opposition spricht – Welches Haushaltsverständnis spricht aus dieser Begrifflichkeit? –, der muss jede Orientierung verloren haben, und der weiß nicht mehr, wo oben und unten ist.

(Beifall der CDU)

Vor allem merkt er nicht mehr, dass er selbst auf dem Tiefpunkt seiner Argumentation angekommen ist.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie von anderen Seriosität einfordern, sollten Sie sich zumindest einmal darauf einigen, ob Sie uns vorwerfen, wir unterbreiteten keine Alternativvorschläge, oder ob Sie unsere Alternativvorschläge als unbrauchbar kritisieren. Nur eine von beiden Möglichkeiten ist logisch möglich, sachlich richtig ist überhaupt keine.

(Beifall der CDU)

Jetzt komme ich auf die Frage der Nettokreditaufnahme vom Haushaltsjahr 2002 auf das Haushaltsjahr 2003 zu sprechen, die die Gemüter in der Debatte am Mittwoch etwas erhitzt hat. Meine Damen und Herren, das berührt eine grundsätzliche Frage des Verhältnisses der Landesregierung zum Parlament und der Landesregierung zur Opposition. Die Landesregierung ist verpflichtet, dem Parlament zuverlässige und nachvollziehbare Zahlen vorzulegen; denn die Opposition ist bei ihrer Arbeit darauf angewiesen, dass die Landesregierung ehrlich mit ihr umgeht.

(Beifall der CDU)

In den Haushaltsberatungen haben wir verschiedentlich die Erfahrung gemacht – ich drücke mich vorsichtig aus, weil ich kein Öl ins Feuer gießen möchte, jedenfalls noch nicht an dieser Stelle –, dass die Landesregierung mit dieser Verpflichtung gegenüber dem Parlament und der Opposition eher großzügig umgeht. Ich will jetzt nicht an die Beratungen des Doppelhaushalts 2002/03 erinnern, als die Landesregierung die Zahlen schneller korrigieren musste, als die Druckerschwärze des Haushaltsentwurfs trocknen konnte. Ich will auch nicht an andere Beispiele erinnern. Ich gebe auch gern zu, dass man Ungenauigkeiten bei der Vorlage von Haushalts-

plänen in Kauf nehmen muss, weil es immer ein Stück Planung ins Ungewisse ist. Das sei alles zugegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt natürlich nicht, dass man machen kann, was man will, dass man auf Fragen der Opposition einfach einmal so ein paar Zahlen schriftlich mitteilt, egal, worauf sie sich beziehen, und egal, was sie beinhalten.

(Beifall der CDU –
Dr. Schiffmann, SPD: Das sind doch dünne Argumente! Das ist aber etwas faden-scheinig! Jetzt versucht Ihr, Euch in die Büsche zu schlagen!)

Genau das aber ist im Zusammenhang mit der Diskussion um die Steigerung der Nettoneuverschuldung von 2002 auf 2003 geschehen. Ausgangspunkt der ganzen Diskussion war nämlich die Vorlage völlig falscher Zahlen durch die Landesregierung im Einzelplan 20 in der Übersicht über die Landesschuld und den Schuldendienst für das Haushaltsjahr 2004.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die voraussichtliche Zahl, die da für das Jahr 2004 angegeben war, lag 900 Millionen Euro neben der Wirklichkeit. Das war eine schlichte Fantasiezahl. Das ist der Landesregierung nicht aufgefallen.

Das ist aber dem sehr sorgfältig arbeitenden Kollegen Bracht in der Beratung dieses Einzelplans aufgefallen. Herr Bracht hat den Vertreter der Landesregierung dann auf dieses Missverhältnis, auf diesen Fehler hingewiesen. Die Landesregierung war nicht in der Lage, diesen Fehler sofort aufzuklären. Das ist nicht unüblich, das passiert jedem einmal.

Die Landesregierung hat deshalb eine schriftliche Auskunft und schriftliche Aufklärung zugesagt. Sie hat uns dann in einem Schreiben vom 9. Januar dieses Jahres drei Zahlen mitgeteilt. Drei Zahlen, die keinerlei systematische Entsprechung in der beanstandeten und falschen Übersicht finden. Drei Zahlen, ohne jede Kommentierung. Drei Zahlen, die die notwendige Kommentierung für ihr Verständnis vermissen lassen. Ich unterstelle das noch nicht bewusst, obwohl der Artikel heute Morgen in der „FAZ“, den Sie offensichtlich lanciert haben, Herr Staatssekretär, darauf schließen lässt, dass Sie diese Frage instrumentalisieren wollen. Wenn Sie diese Frage instrumentalisieren wollen, muss ich davon ausgehen, dass Sie das Parlament wissentlich belogen haben.

(Starker Beifall der CDU)

Diese drei Zahlen standen völlig im luftleeren Raum. Sie hatten keinerlei Bezugspunkt zu der zu Recht beanstandeten Übersicht im Einzelplan 20. Da ging es um die Frage: Mit den Schulden von LSV und LBB oder ohne die Schulden von LSV und LBB? – Diese Zahlen waren in einem wichtigen zentralen Punkt mit einem großen Fehlerpotenzial behaftet, auf das hinzuweisen – ich drücke mich immer noch vorsichtig aus – von der Landesregierung vergessen worden ist. Eine wichtige Information, die notwendigerweise zum Verständnis der

Zahlen gehörte hätte, wurde uns schlicht und ergreifend vorenthalten.

(Beifall der CDU)

Das ist offensichtlich – auch jetzt wieder für die Landesregierung die günstigere Version – im Finanzministerium niemandem aufgefallen. Ohne diesen Hinweis und ohne diese ergänzende Information waren die Zahlen aber schlicht und ergreifend in der hier anstehenden Diskussion nicht verwendbar und nicht verstehbar.

(Staatsminister Mittler: Dass Ihr das nicht versteht, weiß ich!)

Jetzt kann man sich natürlich auf den Standpunkt stellen – das ist heute Morgen gefallen –, dass die Opposition immer begriffsstutzig und dumm ist.

(Pörksen, SPD: Da können wir doch nichts für!)

Auf diesen Standpunkt kann man sich stellen. Diese Theorie, die ohnehin falsch ist, greift aber in diesem konkreten Punkt überhaupt nicht, weil selbst zwischen dem Finanzstaatssekretär und dem Finanzminister in der Interpretation dieser Zahlen fundamentale Unterschiede in der Debatte deutlich geworden sind.

(Staatsminister Mittler: So ein Quatsch!)

Während uns der Herr Finanzminister vorwarf, wir hätten die falsche Zahl genannt, weil wir LSV und LBB eingerechnet bzw. nicht eingerechnet hätten, erklärt Herr Finanzstaatssekretär Deubel unserem finanzpolitischen Sprecher in einem persönlichen Gespräch, dass das, was der Herr Minister hier öffentlich erklärt hat, Quatsch ist und die Ursache eine ganz andere sei.

(Starker Beifall der CDU)

Vielleicht können Sie sich in Zukunft einmal darauf einigen, dass Sie uns klare und verständliche Auskünfte geben. Vielleicht können Sie sich zumindest innerhalb des Finanzministeriums zwischen dem Staatssekretär und dem Minister in Zukunft im Vorfeld darauf einigen, wie Sie die Zahlen, die Sie uns geben, selbst interpretieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Übrigen ändert die Aufregung um diese Zahl – – –

(Mertes, SPD: Ihre Aufregung!)

– Ich rege mich überhaupt nicht auf. Ich bin locker und mache nicht das Rumpelstilzchen, wie Sie am Mittwoch, Herr Mertes.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit des Abg. Mertes, SPD)

Herr Mertes, ich habe dafür Verständnis. Ich würde mich in Ihrer Rolle auch nicht wohl fühlen; denn Sie dürfen nur noch ab und zu einmal bei Hofe das Rumpelstilzchen spielen. Sonst werden Sie nicht mehr gebraucht.

(Beifall der CDU)

Im Übrigen ändert die Diskussion über diese Zahlen überhaupt nichts – wie manche vielleicht meinen und wie manche vielleicht hoffen – an der katastrophalen Gesamtbeurteilung der Lage. Die ist nämlich für dieses Land denkbar schlecht. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass die Landesregierung nicht die Kraft aufbringt, das zu tun, was in dieser Situation eigentlich notwendig wäre. Um uns herum ändert sich die Welt; um uns herum sind grundlegende Änderungen notwendig, und der Herr Ministerpräsident meint, er könne dies damit beantworten, dass er die ehrenamtliche Verbraucherschutzbeauftragte aus der Staatskanzlei jagt.

(Pörksen, SPD: Ach Gott im Himmel!
Primitiver geht es doch nicht mehr!)

Das ist die Dimension der Politik dieser Landesregierung.

Die erste Notwendigkeit im Hinblick auf den Landeshaushalt 2004 ist: Sparen, sparen, sparen! Mindestens 102 Millionen Euro.

(Beifall der CDU)

Unser Vorschlag liegt auf dem Tisch.

Die zweite Notwendigkeit ist, die größten Mängel bei der Inneren Sicherheit zu beseitigen und 100 zusätzliche Stellen für Polizeianwärter sofort zu schaffen und im Jahr 2004 zu finanzieren.

(Beifall der CDU –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sparen,
sparen, sparen!)

Die dritte Notwendigkeit ist eine Verbesserung der Lehrstuhlausstattung mit einem Mindestbetrag von 5 Millionen Euro, anstatt dumm über Elite-Universitäten herumzuquatschen.

(Beifall der CDU –
Unruhe bei der SPD)

Die vierte Notwendigkeit ist, die Kommunen an einem ganz drängenden Punkt zu entlasten, nämlich da, wo es einen riesigen Investitionsstau bei den Schulbaumitteln im kommunalen Finanzausgleich gibt.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sparen,
sparen, sparen!)

Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Sie haben gleich bei der Abstimmung die Gelegenheit, etwas Gutes für das Land Rheinland-Pfalz zu tun, indem Sie unseren Vorschlägen zustimmen.

(Starker Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler des Albert-Schweitzer-Gymnasiums Kaiserslautern. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Itzek das Wort.

Abg. Itzek, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Weiland – – –

(Pörksen, SPD: Wie? Lieber?)

– Doch, ich sage lieber Herr Kollege Weiland.

Ich habe mit Interesse Ihren Ausführungen zugehört. Das war interessant. Sie haben sparen, sparen, sparen gerufen, aber dann mehr für die Polizei, mehr für die Universitäten und mehr für die Kommunen gefordert. Sie haben sich dann erlaubt, das Ganze mit einer Finanzierung darzustellen, die Sie in den Anträgen formuliert haben, die rechtswidrig ist bzw. die nicht das bringt, was sie eigentlich bringen soll.

(Unruhe bei der CDU)

Ich gehe nachher noch ganz genau darauf ein.

Wenn man als Partei fordert, dass die Kommunen mehr Geld bekommen sollen

(Schweitzer, SPD: Dann müssen
Sie einen Antrag stellen!)

– so ist es –, aber auf der anderen Seite bundesweit im Gegensatz zu den Interessenvertretern der Städte dafür ist, für die Abschaffung der Gewerbesteuer zu plädieren,

(Schweitzer, SPD: So ist es!)

dann ist das für mich schon eine bodenlose Unverschämtheit.

(Beifall der SPD –
Hörter, CDU: Aus der Opposition heraus!)

– Ja, ja, ja, Herr Kollege.

Wir müssen auch wissen, Rheinland-Pfalz ist in den letzten Jahren in einer besonderen Situation.

(Weitere Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

– Vielen Dank, etwas mehr Ruhe. Rheinland-Pfalz ist also in einer besonderen Situation. Das muss jeder wissen, der über Haushaltsfragen diskutiert. Rheinland-Pfalz ist eines der wenigen Länder, vielleicht ein wenig mit Brandenburg vergleichbar, das einen Konversionsbereich zu beackern hatte, der dieses Land Millionen und Abermillionen gekostet hat. Das ist ein Sonderfaktor. Kein anderes Land hat diese schwierige Situation zu bewältigen gehabt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Wir sind das einzige Land, das für seine Beschäftigten im öffent-

lichen Dienst, die Beamten, einen Pensionsfonds eingerichtet hat. Das ist eine Sonderleistung.

(Bischel, CDU: Nicht für die Beamten,
für das Land!)

– Das Land, ach, Herr Bischel.

(Zurufe von der CDU)

Herr Bischel, Sie bekommen eines Tages noch einen Stempel: Vertreter des Beamtenbunds.

(Hörter, CDU: Hat er doch! –
Jullien, CDU: So groß! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Hat er schon? Okay. Frau Thomas, Sie haben die Frage des Pensionsfonds angesprochen. Wenn wir diesen Pensionsfonds nicht hätten, könnten wir durch das, was wir an Zuführung leisten, die Nettoneuverschuldung reduzieren.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich nicht angesprochen!)

– Nein, Sie haben den Pensionsfonds angesprochen. Wie in einem Wirtschaftsbetrieb soll aber die Belastung, die derzeit entsteht, dargestellt werden. Die Zuführung ist die Belastung, sonst würden wir alles der nachfolgenden Generation überlassen.

(Mertes, SPD: So ist das!)

Deswegen halte ich die Einführung des Pensionsfonds für richtig, für ordentlich und für eine solide Aufgabe.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Sowohl mein Kollege Joachim Mertes als auch der Ministerpräsident haben die Bertelsmann-Stiftung angesprochen. Man könnte meinen, die CDU-Opposition redet von einem ganz anderen Land. Ich frage mich manchmal, in welchem Land wir eigentlich leben, was hier dargestellt wird.

Diese Bertelsmann-Stiftung, eine unabhängige Stiftung, hat die Vorteile dieses Landes aufgezeigt und uns als eines der Länder dargestellt, die in der Bundesrepublik Deutschland im vorderen Bereich dastehen.

(Jullien, CDU: Was sagt der Rechnungshof? –
Dr. Altherr, CDU: Bei der Verschuldung!)

– Es ist so. Was sagt der Rechnungshof? Herr Jullien, natürlich ist mir die Verschuldung auch zu hoch. Aber das ist doch keine Frage von Rheinland-Pfalz, sondern eine Frage aller deutschen Länder und auch gesamtstaatlich. Sie brauchen sich doch nicht hinzustellen und über Verschuldung zu reden. Sie haben in den 16 Jahren Ihrer Mehrheit im Bund dieses Land in eine Verschuldung geführt, die unheimlich ist.

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU)

Wir haben eine positive Wirtschaftsentwicklung in diesem Land.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist ganz neu!
Sagen Sie warum!)

Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

(Dr. Weiland, CDU: Sagen Sie warum!)

Sie ist zu hoch, das gestehe ich ein. Aber trotzdem nehmen wir im Vergleich der deutschen Bundesländer eine Spitzenposition ein.

Ich komme nun zu dem Problem der Verbesserung der Finanzen, was so wunderbar war. Wer eine Steuerreform vorschlägt wie Herr Merz, die dieses Land 600 Millionen Euro kosten würde, hat jede solide Finanzpolitik verspielt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben durch unsere Schwerpunkte Bildungspolitik, Vorschule, Schule und Universitäten einen wesentlichen Beitrag zur besseren Entwicklung in diesem Bereich geleistet.

Ich möchte einen anderen Punkt ansprechen, den wir auch nicht vergessen sollten, wenn wir über finanzpolitische Fragen diskutieren. Die deutsche Einheit hat auch dieses Land Milliardenbeträge gekostet. Ich sage dies nicht als Vorwurf, aber ich behaupte auch, kein anderes Land in dieser Welt hätte das so geschafft wie die Bundesrepublik Deutschland. Auch das sollte man sich immer vor Augen führen.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich das Ganze einmal hochrechnen lässt, wie die Steuerentwicklung und die Einnahmen des Landes Rheinland-Pfalz ohne die deutsche Einheit wären, der sieht, dass man manche Probleme heute gar nicht zu diskutieren hätte. Anzusprechen ist auch die Belastung der Arbeitnehmer und der Unternehmer, die sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen. Auch das ist schwierig.

Man muss auch sehen, dort, wo wir versucht haben Einsparungen vorzunehmen, hat die CDU-Fraktion immer abseits gestanden und war immer bei denjenigen, die gemeint haben, die Interessen derjenigen zu verteidigen, die das verändert haben. Ich denke an die Katasterverwaltung, die Steuerverwaltung, die Bauverwaltung, die Forstverwaltung und die Landwirtschaftsverwaltung. Immer waren sie abseits. Sie sind nicht mitgegangen, sondern haben immer gesagt, das geht nicht.

(Beifall bei SPD und FDP –
Wirz, CDU: Was auch bewiesen
worden ist!)

Ich komme nun zu einem anderen Punkt, der auch wichtig ist, nämlich zu dem Beistandspakt für die Kommunen. Wir geben den Kommunen eine Chance. Ohne rechnerische Tricks wäre es uns möglich gewesen zu sagen:

Okay, wir verändern die Situation und machen den Finanzausgleich früher. – Nein, wir haben gesagt: Ihr Kommunen sollt in den nächsten Jahren eine Garantie über die Einnahmen haben, die ihr in den nächsten Jahren erwarten könnt. – Das ist Politik für und nicht gegen die Kommunen.

(Beifall bei SPD und FDP –
Hörter, CDU: Das sehen die Kommunen
ein bisschen anders!)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Herr Bischel, Sie können jetzt zuhören. Ich spreche die Veränderungen des Dienstrechts an. Ich bin damals mit meinem Ministerpräsidenten Ende der 60er-Jahre als Gewerkschafter für ein einheitliches Dienstrecht oder ein einheitliches Personalrecht angetreten, was ich jetzt gar nicht definieren möchte. Trotz dieser langen Phase ist es uns nicht gelungen, egal welcher politischen Couleur, ein einheitliches Dienst- oder Personalrecht zu schaffen. Wir haben immer noch diese Schwierigkeiten.

(Jullien, CDU: Das hat aber nicht
an der CDU gelegen!)

– Nein, das mache ich Ihnen auch gar nicht zum Vorwurf. Dort haben wir alle unsere Verantwortung zu tragen. Nur, wir müssen wissen, wenn wir das nicht bald verändern, dann fahren wir irgendwann einmal in dieser Frage an die Wand, weil wir dann auch keine Veränderungen innerhalb des öffentlichen Dienstes vornehmen können. Das sollten wir auch wissen.

Ich komme nun zur Frage der Steuerschätzung. Die Wirtschaftsweisen – das hört sich interessant an – geben uns seit Jahren eine Prognose, die nie eingehalten worden ist. Immer war sie im Verhältnis zu den tatsächlichen Gegebenheiten wesentlich zu hoch. Was sind das für Weise? Manchmal frage ich mich, ob man nicht auch im Kindergarten würfeln und sagen kann, es gibt 1,5 oder 0,5, und veröffentlicht dann das Ergebnis.

(Hörter, CDU: Und jetzt?)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt noch einmal zu ein paar Einsparvorschlägen von Ihnen. Sie gehen an die Abwasserabgabe, nehmen eine Kürzung vor und wollen das zur Wasserwirtschaft nehmen. Das ist verlogen, Herr Jullien, weil Sie als ehemaliges Mitglied der Rechnungsprüfungskommission genau wissen, dass der Rechnungshof die großzügige Auslegung, was alles mit diesen Geldern gemacht werden darf, beanstandet hat.

Wir haben einen Beschluss des Landtags, der sagt: Liebe Landesregierung, überprüfe das bitte noch einmal, das ist zu hoch, das muss reduziert werden. –

(Jullien, CDU: Ja!)

Sie begehen einen Rechtsbruch, indem Sie sagen: Wir machen einfach alles mit der Abwasserabgabe.

(Jullien, CDU: Das ist doch Unsinn!)

So machen Sie Haushaltspolitik, unsolide und unredlich.

(Beifall bei der SPD –
Jullien, CDU: Das ist doch Unsinn!
Wenn man nicht will, dann will
man eben nicht!)

Ich komme zu einem zweiten Punkt und gehe noch einmal auf die Wohnungsbauförderung ein.

(Licht, CDU: Ich werde Sie in Bälde daran
erinnern! Was Sie jetzt machen, haben
Sie uns vor ein paar Jahren
vorgeworfen!)

– Ja, ja, Herr Kollege.

Ich komme nun zur Frage der Fördermittel für den Wohnungsbau. Wir sind uns alle darüber im Klaren – das hat die Landesregierung zusammen mit uns gemacht –, dass wir die Wohnungsbauförderung verändert haben. Wir haben sie verändert, weil wir gesagt haben, es ist nicht mehr der Bedarf vorhanden, der noch Anfang und Mitte der 90er-Jahre vorhanden war. Wir können andere Fördermaßnahmen machen.

Dann aber hinzugehen und Kürzungsvorschläge in diesem Bereich zu bringen, in dem der Etat sowieso nur bei rund 40 Millionen liegt und nur 5 Millionen Euro bewegt werden können, weil alles andere gebunden ist, ist unsolide Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt: Rheinland-Pfalz steht gut da, positive Daten im Bruttoinlandsprodukt. Export und Arbeitslosigkeit habe ich teilweise genannt.

Wir sollten als Rheinland-Pfälzer mehr Selbstbewusstsein aufbringen und uns nicht hinter jeder kleinen Hecke verstecken, als wenn wir keine positive Entwicklung hätten.

(Beifall der SPD und der FDP –
Dr. Schiffmann, SPD: Genau!)

Sie wissen auch, ein großer Teil unserer Aufwendungen im Haushalt sind die Personalaufwendungen. Diese Personalaufwendungen sind leider oder Gott sei Dank – je nachdem, von welcher Warte man das Ganze betrachtet – nicht so kalkulierbar bzw. veränderbar, wie es der eine oder andere gern hätte.

Sie fordern Einsparungen bei Stellen. Dann rechnet jemand vor – ich weiß nicht, wer es war –, das wären nur 2 % des gesamten Aufwands.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das war
bestimmt Kollege Keller!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bereits jedes Jahr im Etat stetige Einsparungen an Personal vorgesehen, außer im Bereich der Schulen, der Polizei und der Justiz. Das heißt also, die 2 %, die Sie vorgetragen haben, stimmen nicht, sondern es wären dann 4 %. Das machen Sie mir einmal klar,

wie Sie diese 4 % einsparen wollen. Das verstehe ich auch nicht.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Es ist so schön draußen herumzufahren, wenn man mit den Menschen aus der Steuerverwaltung redet – – –

(Dr. Weiland, CDU: Überhaupt nicht schön!)

– Doch, es ist schön, herumzufahren. Rheinland-Pfalz ist ein schönes Land. Ich freue mich immer, wenn ich ein Finanzamt besuchen kann, wunderbar. Rheinland-Pfalz ist ein schönes Land.

(Dr. Weiland, CDU: Wäre noch schöner, wenn Sie nicht regieren würden!)

Ich freue mich, dass ich Rheinland-Pfälzer bin.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf von der FDP: Jawohl –
Dr. Weiland, CDU: Die falsche
Landesregierung!)

Ich nehme einmal die Steuerverwaltung.

(Zuruf von der CDU)

– Nein, Sie besuchen kaum Finanzämter. Das ist die SPD-Fraktion, die sich konstant mit Besuchen bei Behörden mit den Problemen – – –

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

– Nein, Sie nehmen an Protestveranstaltungen teil, da stellen Sie sich hin.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Wir aber fahren konkret vor Ort und lassen uns von Kolleginnen und Kollegen und von den Beschäftigten informieren, wie ihre Situation aussieht. Das haben wir doch wunderbar gemacht.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Wir haben dieser Steuerverwaltung viel zugemutet. Ich nehme das einmal, weil heute der Einzelplan 04 dran ist. Wir haben viele Stellen abgebaut. Wir haben aber auch durch Modernisierung im Bereich der Steuerverwaltung, durch Zentralisierung zum Beispiel der Finanzkassen dafür gesorgt, dass in dem Bereich auch Synergieeffekte erzielt werden können.

Natürlich hätte man streiten können, warum wir vier Finanzkassen brauchen, warum nicht nur eine. Das haben wir aus strukturpolitischen Überlegungen gemacht, dass wir gesagt haben, das können wir in Rheinland-Pfalz nicht machen, sondern wir werden dort diese Stellen einrichten, wo es strukturpolitisch wichtig ist, oder die Zusammenlegung der Grundsteuerstellen usw., was wir gemacht haben.

(Jullien, CDU: Grunderwerb heißt das!)

– Grunderwerb, ja. Sie haben sich natürlich noch nie versprochen, nein.

(Jullien, CDU: Ein gut gemeinter
Hinweis!)

– Wenn es ein gut gemeinter Hinweis ist, nehme ich das so auf und bedanke mich dafür.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Rheinland-Pfalz ist ein schönes Land, besser, als diese Opposition der CDU den Bürgern versucht klarzumachen. Wir sind stolz auf unser Land, und trotz aller Schwierigkeiten, die von mir nicht bestritten werden, sind wir mit dieser Landesregierung auf dem richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP –
Dr. Schiffmann, SPD: Jawohl!)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Ich habe am Mittwoch ganz zu Beginn gesagt, das neue Haushaltsjahr begänne mit einem faulen Zauber.

Ich sage heute, das alte Haushaltsjahr, also das von 2003, über dessen vorläufige Bilanz uns Herr Mittler am Mittwoch unterrichtet hat, beenden Sie mit einer Lüge, sogar mit einem ganzen Lügengebäude, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen Haushaltsabschluss bekommen, eine vorläufige Bilanz auf einer Seite. Ich sage Ihnen, ich habe von dieser Landesregierung schon viel gesehen, aber so etwas noch nicht. Es hat mich wirklich erst einmal platt gemacht. Deswegen werde ich darüber reden und nicht über die Einzelpläne.

Dieses Blatt steckt voller Irreführungen.

(Jullien, CDU: So ist es!)

Es offenbart die komplette Unfähigkeit des Finanzministers, die Finanzen in diesem Land in Ordnung zu bringen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wundert mich heute überhaupt nicht mehr, dass Sie diese Zahlen nicht schwarz auf weiß auf den Tisch ge-

legt haben, sondern dass Sie sie ausschnittsweise und schön sortiert am Mittwoch referiert haben, Herr Mittler.

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und CDU –

Dr. Weiland, CDU: Wo sie Recht hat,
hat sie Recht!)

Ich will Ihnen etwas zur Ausgabenentwicklung sagen. Wir haben lange über die Vorgaben des Finanzplanungsrats gestritten, ob Sie diese einhalten können, ob Sie in den Jahren 2003, 2004 bei einem Ausgabenwachstum von 2 % bleiben können oder nicht.

Sie schreiben in Ihrer Bilanz: Ausgabenwachstum 1,5 %. Dann steht eine kleine „1“ daneben – das Kleingedruckte der Landesregierung muss man immer besonders gut lesen –:

(Ministerpräsident Beck: Das gilt im
allgemeinen Leben!)

„nach Bereinigung der in 2003 durchlaufenden Mittel für die Flutopferhilfe in Höhe von 130 Millionen.“ Das haben Sie bei den Einnahmen auch ausgerechnet.

Wenn ich es einmal dazurechne – es ist eigentlich ein Ausgabenposten –, dann lande ich aber nicht bei 1,5 %, sondern bei 2,5 % Ausgabenwachstum, Punkt 1.

Selbst wenn Sie es herausrechnen, dann frage ich mich, warum Sie es in Ihrer Ausgabenbilanz, wenn Sie über Investitionshöhe, über Investitionsquoten und Ähnliches sprechen – das, womit Sie sich immer gern schmücken, – – – Dort stehen die 130 Millionen.

Ich sehe Sie nachher schon durch die Lande ziehen und sagen: Wir sind ein Land, das sogar im Jahr 2003 eine Investitionsquote von 10,3 % hatte. Sie kommen mit der Kreditfinanzierungsgrenze und sagen: Wir hatten aber doch dieses Investitionsvolumen.

Ich sage Ihnen, das ist kein kleiner Fehler, das ist bewusste Irreführung, die Sie mit dieser Haushaltsbilanz machen. Das lasse ich Ihnen so nicht durchgehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Ich kann mich noch gut an Ihre Empörung erinnern – ich sage einmal, dieses Donnertheater, das Sie am Mittwoch aufgeführt haben, ob das Herr Mittler war, ob Sie das waren, Herr Ministerpräsident –, als die CDU prognostiziert hat, es werde eine Neuverschuldung von zwei Milliarden Euro geben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Moment, Sie haben es behauptet, Herr Mittler mit bebender Stimme, Sie mit noch bebenderer Stimme, Herr Mertes, mit ich weiß nicht was für einem Kanonendonner: Fünfhundert Millionen zu viel. – Ich kann mich an diese Dramatik noch gut erinnern.

(Jullien, CDU: So ist es!)

Ich frage mich, was dramatischer ist: Wenn sich ein Mitarbeiter aus der CDU-Landtagsfraktion auf dem Papier um 500 Millionen Euro verrechnet oder sich ein Finanzminister entgegen aller Vorgaben in einem Haushaltsjahr, in dem er einen Nachtragshaushalt aufstellt und eine Haushaltssperre verhängt, um 500 Millionen mehr verschuldet? Was ist dramatischer, frage ich Sie?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Mir fällt die Antwort nicht schwer. Sie haben das Geld ausgegeben, die haben sich nur verrechnet.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben es ihnen auch leicht gemacht.

(Schmitt, CDU: Jetzt bekommen wir es!)

Mit Ihren prognostizierten zwei Milliarden hatte Herr Mittler natürlich ein leichtes Spiel zu sagen, es seien nicht zwei Milliarden, es seien nur 1,5 Milliarden. Aber eigentlich hätte er doch sagen müssen, wir wollten unter der Milliardengrenze bleiben, und jetzt sind wir bei 1,5 Milliarden gelandet. Das ist doch die Tatsache, die Praxis, und das sind doch die Ergebnisse Ihrer Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der CDU)

Ich will Ihnen ein Weiteres sagen. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und mir angeschaut, was Sie eigentlich nach dem ursprünglichen Haushaltsplan, Doppelhaushalt 2003, ausgeben wollten und was Sie nach Nachtragshaushalt und Haushaltssperre ausgegeben haben.

Also bereinigte Ausgaben geplant – wissen Sie noch, in dem Doppelhaushalt, bevor wir diese dramatischen Kabinettsitzungen hatten, die Sparbeschlüsse und alles erfahren haben –, ursprünglich wollten Sie ausgeben: 11.598.000.000 Euro.

Sie haben 2003 11,576 Milliarden Euro ausgegeben. Das ist eine Differenz von 20 Millionen Euro. Dazwischen lagen:

- zwei Monate Haushaltsdebatte zum Nachtragshaushalt in diesem Haus,
- eine Ankündigung am 19. September des Finanzministers, die Zügel anziehen zu wollen und eine Haushaltssperre einführen zu wollen,
- eine Entscheidung dieser Landesregierung, dass sie die Weihnachtsgeldzahlungen der Beamtinnen und Beamten schon 2003 kürzen will, damit sie 40 Millionen Euro zusätzlich sparen kann.

Die Differenz ist 20 Millionen Euro. Dafür haben Sie allein die Weihnachtsgeldkürzung gebraucht, um diese 20 Millionen Euro aufzubringen – und dann reden Sie davon, dass Sie einen Sparhaushalt machen? Dann reden Sie davon, dass Sie tiefe Einschnitte machen wollen?

Schauen wir uns dies doch noch einmal im Einzelnen an: Ich kann Ihnen auch die Breite dieser Darstellung nicht durchgehen lassen und habe mir das heute Morgen noch einmal angeschaut. Ich dachte, so etwas habe ich noch nicht gesehen.

Meine Damen und Herren, es wird überall gespart. Es gibt tiefe Einschnitte. Dies sind die Worte des Finanzministers; ich höre sie bei jeder Einbringung eines Haushalts. Er hat gestern wie am Mittwoch gesagt: Es gab Ausgabenentwicklungen, denen wir nachkommen mussten, da wir dazu gesetzlich verpflichtet waren. Wohngeld, 48 Millionen mehr. Unterveranschlagt hatten Sie das in Ihrem Nachtrag!

(Jullien, CDU: So ist das! –
Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Kindertagesstätten 25 Millionen mehr, und dies nach einer Gesetzesänderung, von der Sie wussten, dass mehr Geld auf Sie zukommt. Das war unterveranschlagt in Ihrem Nachtrag.

(Jullien, CDU: So ist das! Ganz bewusst! –
Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Dann schaue ich weiter und finde ganz andere Positionen, nämlich – das muss man sich wirklich anschauen –: In dem Doppelhaushalt 2002/2003 sollte der LSV 186 Millionen Euro Kredite aufnehmen können. Dann gab es diese große Vorstellung auch von der FDP, es wird überall gespart, auch beim Straßenbau. Wir strecken die Mobilitätsmilliarde. Wir geben etwas ab von diesem sauer verdienten Geld, das wir uns in den Koalitionsverhandlungen erstritten haben. Im Nachtragshaushalt stand eine Kreditermächtigung für den LSV in Höhe von 164 Millionen Euro. Dann schaue ich in die Bilanz, und was finde ich dort? – Tatsächlich hat er Kredite in Höhe von fast 200 Millionen Euro aufgenommen.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hört, hört!)

Dann frage ich mich, und dann frage ich Sie: Wofür machen wir eigentlich Haushaltsberatungen?

(Zurufe von der CDU: So ist es! –
Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Wofür haben wir einen Haushaltsgesetzgeber, wenn Sie an allem vorbei 30 Millionen Euro zusätzlich an Krediten aufnehmen, ohne gesetzliche Vorgabe, ohne Information des Parlaments und ohne eine Nachricht im Haushalts- und Finanzausschuss? Herr Dr. Gölter, ich bin mir sicher, auch im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr haben Sie keinen Pieps davon gehört. Ich sage Ihnen, das ist das Allerletzte, was diese Landesregierung hier vorlegt und vorher getan hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Sie erweckt den Eindruck, sie würde sparen, und sie schmeißt das Geld hintenherum mit beiden Händen aus der Tasche heraus, nicht mit einer, Herr Mertes, mit allen beiden!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Haben Sie von diesen 30 Millionen Euro am Mittwoch einen Ton von Herrn Mittler gehört? Haben Sie einen Ton davon gehört? – Ich habe nichts davon gehört. Nun weiß ich auch, weshalb ich nichts davon gehört habe, weil er letztendlich überhaupt keine Grundlage dafür hat, diese Kredite aufzunehmen, gleichzeitig diese Maßnahmen zu vollziehen und diese Gelder auszugeben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der FDP, dann muss ich mir von Ihnen wirklich nicht sagen lassen, Sie würden uns ein Spielzeug wegnehmen, wenn wir sagen, die Hochschulen brauchen Geld, und Sie stecken es weiter in den Straßenbau. Ich würde sagen, nach diesen Zahlen können Sie einpacken mit Ihren 50 Millionen zusätzlich für irgendeine Hochschule.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU –
Kuhn, FDP: Warum ärgert Sie das so?)

Meine Damen und Herren, ich möchte ein Letztes sagen. Diese Bilanz für 2003 ist keine Bilanz, es ist ein Desaster für einen Finanzminister, Herr Mittler. Das ist das Dokument einer unverantwortlichen Finanzpolitik. Sie stopfen vorn das eine Loch und reißen hinten die Schleusen an anderer Stelle wieder auf. Ich weiß noch genau, als Sie am 16. September 2003 im Brustton der Überzeugung sagten: Die Zügel werde ich noch weiter und strenger anziehen. Ich sage Ihnen, der Gaul in Richtung Schuldenfalle ist längst mit Ihnen durchgegangen.

Ich habe noch ein anderes Zitat von Ihnen gut im Ohr: „Am Abend werden die Hühner gezählt.“ Herr Mittler, ich sage Ihnen, das sollten Sie tun. Gehen Sie in die Eifel und zählen Sie Hühner. Aber geben Sie nicht vor, als Finanzminister eine verantwortliche Finanzpolitik machen zu wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU –

Ministerpräsident Beck: Das ist unglaublich!
Ihre Maßlosigkeiten! Diese Emotionalität
und diese Maßlosigkeit! –

Dr. Gölter, CDU: Ach so! Jetzt ist
es Maßlosigkeit! –

Ministerpräsident Beck: Ja, es
ist völlig maßlos! –

Weitere Zurufe von CDU und SPD)

– Nein, nein, nein! Ich lasse überhaupt nichts durchgehen! Nein, nein! Ihre Maßlosigkeit und Ihre Dramatik und Ihr Theater, das Sie am Mittwoch aufgeführt haben und

die Selbstzufriedenheit, mit der Sie diesen Saal verlassen haben,

(Weitere Zurufe aus dem Hause –
Glocke des Präsidenten –
Zurufe der Abg. Jullien und Dr. Gölter, CDU –
Ministerpräsident Beck: Schauen Sie sich
doch einmal in Ihren Ländern um!)

das ist maßlos, aber nicht, wenn ich konkrete Daten und Zahlen nenne, die Ihre Landesregierung vorgelegt hat.

(Beifall der CDU)

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen habe ich keine Veranlassung mehr, heute mit Ihnen über den Einzelplan 04, den Einzelplan 12 und den Einzelplan 20 zu sprechen. In Anbetracht dieser Haushaltsbilanz und der Art der Präsentation von Ihnen, Herr Mittler, ist mir auch die Lust vergangen, mit Ihnen weiter über Ihre Haushaltsentwürfe zu diskutieren und mit Ihnen darüber zu streiten, ob man einmal 1 Million so locker rübergeben kann, weil der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium ein unternehmerisches Abenteuer starten will, oder ob man zu Zeiten von Sparhaushalten 6 Millionen als Einstiegsmittel geben kann, um ein Arp-Museum neu zu bauen, oder mit Ihnen über Veränderungen bei der Steuer- und Finanzverwaltung zu diskutieren. Ich sage Ihnen, mir ist die Lust daran vergangen.

(Ministerpräsident Beck: Das ist
bedauerlich!)

Ich will eine ehrliche Haushaltsbilanz. Diese haben wir nicht erhalten. Ich will wegkommen von Rekordverschuldungen in diesem Land. Dafür ist Ihre Politik ungeeignet.

(Ministerpräsident Beck: Deswegen haben
Sie 1 Milliarde zusätzlich für Ausgaben
beantragt! –
Zurufe von der CDU: Das ist doch Unsinn,
Herr Ministerpräsident! Schämen
Sie sich dafür!)

Wir wollen Innovationspotenziale in diesem Land heben, aber da wollen Sie nicht mitmachen. Wir wollen an den Subventionsabbau herangehen, aber dazu sagen Sie nein. Wenn Sie das alles nicht wollen, können Sie auch keine Zustimmung von uns für Ihre Haushaltspolitik und Ihre politische Linie erwarten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Kuhn.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es ist nicht redlich, mit Unwahrheiten
auf Dinge zu reagieren,
die stimmen! –
Weitere Zurufe aus dem Hause)

– Gesprochen wird vom Rednerpult. Das gilt für alle.

(Zurufe der Abg. Jullien und Dr. Weiland, CDU:
Aber nicht für die Regierungsbank! –
Itzek, SPD: Regt euch doch nicht
so auf! Seid fröhlich!)

Bitte schön, Herr Kuhn, Sie haben das Wort.

(Weitere Zurufe aus dem Hause)

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man sieht, was man mit solch emotionalen Ausbrüchen alles anrichten kann.

(Beifall bei SPD und FDP –
Heiterkeit bei der CDU –
Mertes, SPD: Hol sie runter! –
Dr. Gölter, CDU: Jetzt wird es
wieder verharmlost! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Selbst die CDU-Fraktion ist wach geworden und heute Morgen voll dabei. Eigentlich ist in den letzten beiden Tagen alles gesagt worden, so dachten wir.

(Unruhe im Hause)

Nun werden Begriffe wie „Theater“ von der Kollegin Frau Thomas gebraucht. Theater! Donner! Sie ist gar nicht mehr da, so hat sie das mitgenommen!

(Unruhe im Hause)

Da sind Grenzen überschritten worden, die in den letzten beiden Tagen nicht überschritten worden sind, obwohl wir manchmal nahe daran waren. Ich bitte Sie, wieder etwas auf den Boden zu kommen. Bitte etwas mehr Gelassenheit.

(Zurufe von CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, können Sie einmal bei den GRÜNEN für etwas mehr Ruhe sorgen? Das ist ja unerträglich!

(Heiterkeit bei CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Verehrter Herr Kollege, Sie wissen, mein Lieblingsspruch in diesem Zusammenhang ist immer, alle sind gleichermaßen Täter wie Opfer.

(Heiterkeit bei der CDU)

Abg. Kuhn, FDP:

Das ist auch nicht schlecht.

Präsident Grimm:

Bitte schön.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU –
Jullien, CDU: Das hat er
nicht verstanden!)

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, es ist mein Appell, zur Vernunft und zur Gelassenheit zurückzukehren. Nach zwei Tagen Debatte brauchen wir doch heute Morgen keine Emotionalisierung, die dem Ganzen nichts bringt.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Emotionalisierung!)

Sie sind auch nicht glaubwürdig mit dem, was Sie sagen. Sie sprechen von Theater, aber das, was Sie an Emotionalität hineingebracht haben, mein lieber Mann!

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war wenigstens echt!)

– Ja, Sie dürfen es ja! Es ist gut, ich höre auf, dies zu bewerten, wie Sie sich hineinsteigern und die Dinge vorbei an der Realität analysieren.

(Zurufe von CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das scheint heute Morgen wiederum ein Aufleben einer Generaldebatte zu sein. Wir sollten eigentlich Einzelpläne beraten, das wird jetzt nicht gemacht, das ist auch gut so. Minister Mittler wird zu den Einzelplänen noch Stellung nehmen. Wie wir uns da verhalten, das wissen wir. Wir müssen jetzt aber doch ein paar Dinge geraderücken.

Erstens, dieser Haushalt ist eindeutig und klar verfassungskonform.

Zweitens, verfassungskonforme Haushalte haben wir außer im Süden und Südwesten, also Baden-Württemberg und Bayern, nirgendwo in Deutschland,

(Beifall bei der FDP)

auch nicht dort, wo Ihre Partei mitregiert. Gerade dort auch nicht.

(Beifall bei FDP und SPD –
Zurufe von der CDU)

Da kann ich mich auch aufregen. Herr Itzek hat heute Morgen zu Recht darauf hingewiesen, wenn wir diese beiden Leistungen Pensionsfonds und Stabilitätspakt mit den Kommunen, also diese beiden außergewöhnlichen Leistungen, die nirgendwo in Deutschland erbracht werden, nicht erbracht hätten, denn wir müssen es nicht

machen, was wir aber aus Vernunftsgründen machen, dann hätten wir eine Neuverschuldung im Bereich von ca. 600 plus.

(Beifall bei FDP und SPD)

Da würden sich alle Finanzpolitiker in Deutschland die Augen reiben. Bitte setzen Sie einmal die Gewichte wieder richtig. So kann das doch nicht weitergehen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Nur mit demagogischen Tricks zu diskutieren, gefällt mir nicht.

(Wirz, CDU: Wer hat hier
demagogische Tricks?)

– Mehr Gelassenheit.

Es geht heute Morgen auch nicht darum, dieses ewige Hin und Her zu machen, was Rechenfehler anbelangt, dass sich Herr Kollege Bracht also verrechnet hat, ja gut.

(Jullien, CDU: Bis heute
nicht verstanden!)

Jetzt sind wieder andere schuld, dass er sich verrechnet hat. Das wollen wir doch heute Morgen nicht so dramatisieren. Wem bringt denn das noch etwas?

(Dr. Weiland, CDU: Wer hat denn
nun wirklich keine Ahnung?)

Wir wissen doch, wo die Irrtümer liegen. Dann sollte es auch gut sein.

(Jullien, CDU: Wo liegen sie denn? –
Mertes, CDU: Bei Ihnen! –
Weitere Zurufe im Hause)

Wenn man dies als Haushälter in einer solchen Dimension so einschätzt, eine halbe Milliarde, dann muss irgendetwas nicht stimmen. Das kann doch nicht wahr sein.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sagen Sie das doch einmal dem
Finanzminister! –
Weitere Zurufe im Hause)

Da kann man doch nicht sagen, ach, dort steht irgendetwas, und jetzt rechne ich einmal ein bisschen anders. Es ist eine halbe Milliarde, ein Haufen Holz. Als Haushälter sollte man schon ein bisschen Gefühl für die Dimension haben. Das kann gar nicht wahr sein.

(Beifall bei FDP und SPD –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das können Sie dem Finanzminister
sagen!)

Meine Damen und Herren, ich lasse es mir nicht nehmen, wenigstens zu einigen Punkten Stellung zu nehmen.

(Wirz, CDU: Das ist aber schade!)

– Wenn Sie es wollen, rede ich auch gern über andere Dinge mit Ihnen. Das ist überhaupt kein Problem.

(Schmitt, CDU: Über was?)

Ich dachte, das hätten wir in den letzten beiden Tagen abgehandelt.

(Jullien, CDU: Keine Hemmungen! –
Weitere Zurufe im Hause)

Ich lasse es mir nicht nehmen, einige Worte zu dem zu sagen, was wir in der Tagesordnung machen sollten. Ich werde exemplarisch einen Bereich herausgreifen, weil es auch um den Haushalt des Finanzministers geht.

(Jullien, CDU: Zu naomi!)

Ich nehme die Reform der Finanzverwaltung heraus. Sie reiht sich in ein Reformkonzept der Landesregierung ein. Herr Itzek hat die anderen Beispiele genannt. Die Reform der Finanzverwaltung ist für mich seit Jahren mustergültig. Das ist nicht erst in den letzten zwei bis drei Jahren geschehen, ich beobachte das seit 1996. Sie folgt stringenten Reformprinzipien. Es ist beeindruckend, wie dies nach und nach und richtig dosiert vom Finanzminister auf den Weg gebracht worden ist.

Sie ist funktional vorbildlich und regional ausgewogen. Sie ist effizienzsteigernd. Das ist alles nachweisbar. Das heißt, diese Reformschritte reihen sich in die großen Reformprojekte dieser Landesregierung ein. Sie können mir glauben, wenn Sie sich auch einmal mit Ihren Kollegen außerhalb von Rheinland-Pfalz unterhalten, auch da ist Rheinland-Pfalz in der Tat mustergültig.

Meine Damen und Herren, eigentlich war es mir aufgegeben, um das Ganze einmal ein wenig aufzulockern,

(Wirz, CDU: Eigentlich haben Sie schon alles gesagt!)

das Landesreferenzzinsgesetz mit Ihnen zu besprechen und die Frage zu stellen, warum wir dieses Landesreferenzzinsgesetz heute verabschieden. Ich nehme an, dass Sie sich alle sorgfältig mit der Drucksache 14/2748 auseinander gesetzt haben, vor allem, wenn Sie den ersten Abschnitt lesen, „Problem und Regelungsbedürfnis“.

(Jullien, CDU: So fängt immer ein
Gesetzentwurf an!)

Es ist ein hartes Stück Arbeit gewesen, das gebe ich zu. Ich habe mindestens 10 Minuten gebraucht. Aber dann kam die Erleuchtung, ich denke, Ihnen auch.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich nehme an, die meisten haben es gar nicht gelesen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, damit wir wieder in die Tagesordnung zurückkehren, kann ich Ihnen allen emp-

fehlen, diesem Landesreferenzzinsgesetz zuzustimmen. Das ist der eine Punkt.

Das Zweite betrifft den Antrag nuemi.

(Jullien, CDU: naomi! Woran denken Sie?)

– Naomi. Nach den Rechenfehlern von gestern, die wir genüsslich verfolgt haben, liebe CDU-Fraktion, sind Sie heute sprachlich wirklich top drauf. Das muss man schon sagen und anerkennen.

(Beifall bei der FDP –
Heiterkeit bei der CDU)

Wir freuen uns als FDP-Fraktion, dass es gelungen ist, die staatliche Beteiligung aufzugeben. Es ist ordnungspolitisch unser Wunsch und der Wunsch der Landesregierung gewesen, dass dies nur vorübergehend ist. Es ist das Ziel erreicht worden, dass wir hochwertige Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz halten konnten. Damit ist diese Operation gelungen. Ich denke, dass wir alle guten Gewissens auch diesem Antrag zustimmen können.

Meine Damen und Herren, ich nehme an, dass es jetzt keine Wortmeldungen mehr gibt. Es ist alles gesagt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir sind am Ende einer dreitägigen Debatte. Ich darf mich noch einmal bei allen bedanken, die an der Aufstellung dieses Haushaltsplans beteiligt waren.

(Mertes, SPD: Positiv beteiligt!)

Es war eine Menge Arbeit. Wir werden in wenigen Minuten diesen Haushalt verabschiedet haben. Noch einmal alles Gute! Ich denke, dass wir in Rheinland-Pfalz mit der Verabschiedung dieses Haushalts einen wichtigen politischen Schritt gehen.

Der Haushaltsplan ist in der Tat das Zeugnis, das sich die Landesregierung ausstellt. Dazu stehen wir. Ich denke, dass wir in Rheinland-Pfalz beispielgebend auch im Vergleich zu allen anderen Bundesländern einen hervorragenden Haushaltsplan 2004 auf den Weg bringen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatsminister Mittler das Wort.

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einige Anmerkungen zum Einzelplan 04 machen, also dem Etat des Finanzministers, weil es mir ein Anliegen ist, auf einige wenige Entwicklungen hinzuweisen.

Für das Jahr 2004 ist ein Ausgabenvolumen von 429 Millionen Euro geplant. Das sind 5,7 Millionen Euro weniger als im Jahr 2003 und gar 9 Millionen weniger, als wir im Jahr 2002 ausgegeben haben.

Die größte Einzelposition ist natürlich die Steuerverwaltung im Rahmen des Einzelplans 04, die mehr als 80 % des gesamten Volumens in Anspruch nimmt.

Der Einzelplan 04 ist ein Personalhaushalt. Daher kam es natürlich auch in besonderer Weise darauf an, die Wirtschaftlichkeitsreserven, die in der Personalbewirtschaftung gehoben werden können, auch zu heben.

Ich möchte deutlich machen, dass wir seit Beginn der Budgetierung nicht nur alljährlich unsere Effizienzdividende in vollem Umfang erwirtschaftet haben, sondern darüber hinaus 195 weitere Zahlfälle abgebaut haben.

Vom Stand Dezember 2003 zum Stand Juli 1997 haben wir einen Zahlfallabbau in der Finanzverwaltung von 835 Stellen.

(Bracht, CDU: Vergleichen Sie doch einmal die Dezember-Zahlen! Die sehen ein bisschen anders aus, Herr Minister!)

Wir haben eine leistungsstarke Steuerverwaltung, mit der wir uns auch im bundesweiten Ländervergleich sehen lassen können. Wir haben eine Reihe konzeptioneller, struktureller und organisatorischer Maßnahmen durchgeführt, und wir sind damit noch längst nicht am Ende.

Ich will nur einige Hinweise geben. Wir haben heute Öffnungszeiten in allen Finanzämtern von mehr als 40 Stunden, in denen wir für die Bürger erreichbar sind. Vor sechs Jahren waren das gerade einmal 18 Stunden. Wir haben in allen Ämtern Existenzgründerbüros eingerichtet. Wir haben zentralisiert, wo es sinnvoll war, und dezentralisiert, wo es notwendig war, größere Bürgernähe herzustellen. Wir haben aus 13 vier Kassen gemacht, aus 37 Grunderwerbsteuerstellen vier und aus 37 Finanzämtern 26. Der Prozess geht weiter.

Wir haben zugleich in die Aus- und Fortbildung investiert, weil es uns darauf ankommt, die Fähigkeiten in den Köpfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend zu erhöhen, weil nur so es möglich sein konnte und es möglich war, den Personalstand zurückzufahren, ohne die Effizienz der Steuerverwaltung zu reduzieren.

Es lag mir daran, diese einleitenden Bemerkungen zu machen, weil ich weiß, dass wir eine exzellente Steuerverwaltung haben, die den Vergleich nicht nur mit anderen Finanzverwaltungen in anderen Ländern nicht scheuen muss, sondern die auch ein ebenbürtiger Partner in den Gesprächen und in den Verhandlungen mit der privaten Wirtschaft ist.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst etwas zu dem Theater sagen, das die Kollegin Thomas

hier aufgeführt hat, und natürlich zu dem, was Herr Dr. Weiland hier gesagt hat. Wir haben vorgestern darüber gesprochen, und es führt nichts daran vorbei, dass Sie, Herr Fraktionsvorsitzender, verehrter Herr Kollege Böhr, eine Tischvorlage für Ihre Pressekonferenz vom 20. Januar erstellt haben, in deren erstem Abschnitt es heißt: „Das Jahr 2003 brachte mit über 2 Milliarden Euro die höchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes, 500 Millionen Euro mehr als im bisherigen Rekordjahr 2002 und doppelt so viel wie im Durchschnitt der letzten 13 Jahre.“

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat darauf aufmerksam gemacht – übrigens, wie zuvor schon das Finanzministerium –, aber dessen ungeachtet haben Sie natürlich die Zahl weiter verbreitet. Der Ministerpräsident hat vorgestern hier darauf hingewiesen, dass die Zahl falsch ist. Ich habe es ebenfalls getan. Statt sich heute Morgen hier herzustellen und zu sagen „Leute, sorry“ – das kann unsereinem auch passieren, dass wir uns irren –, kommt Herr Abgeordneter Dr. Weiland und baut hier ein metaphysisches Melodrama auf. Diese Abweichung berührt das grundsätzliche Verhältnis zwischen Regierung und Opposition, hat er hier gesagt.

Meine Damen und Herren, nein, die Abweichung berührt nicht das grundsätzliche Verhältnis zwischen Regierung und Opposition, diese Abweichung berührt allein die Fähigkeit der Union, mit Zahlen umzugehen, und ihre Mannhaftigkeit, sich zu ihrem schweren Fehler, den sie nach draußen transportiert hat, auch hier zu bekennen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Herr Dr. Böhr, ich hätte erwartet, dass Sie heute hier gesagt hätten mit dem gleichen Melodram in der Stimme wie vorgestern – – –

(Böhr, CDU: Dann geben Sie uns in Zukunft die richtigen Zahlen!)

– Die haben Sie längst. Sie lesen nichts. Wenn man Ihre Anträge liest –100 Millionen Einsparungen, mehr als 50 % davon globale Minderausgaben –, dann weiß man doch, dass Sie nichts lesen. Wer in Ausschusssitzungen dabei ist und wer darüber hinaus dabei ist, der weiß doch auch, dass sie nicht in den Fakten drin stehen.

(Dr. Weiland, CDU: Sie sind doch nie dabei!)

Das weiß doch jeder.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Herr Dr. Weiland, eines lasse ich Ihnen nicht durchgehen, dass Sie einen Keil treiben zwischen das, was Herr Staatssekretär Dr. Deubel nach Ihren Aufführungen gestern angeblich gesagt haben soll, und dem, was er tatsächlich gesagt hat.

(Dr. Weiland, CDU: Ausführungen!)

Er hat es mir vorhin noch einmal bestätigt, dass nichts von dem stimmt, was Sie hier behauptet haben, vor allen

Dingen, dass er nicht abgerückt ist von der Aussage des Finanzministers von vorgestern.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Nein, es ist nicht das grundsätzliche Verhältnis zwischen Regierung und Opposition berührt, sondern die Unfähigkeit der Union, mit Zahlen umzugehen. Es muss einem Angst und Bange werden, sollen Sie in der Pressekonferenz gesagt haben, Herr Dr. Böhr. Jawohl, in Bezug auf die Fähigkeit der Union zur Finanzpolitik muss einem Angst und Bange werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Im Übrigen kann man das heute sehr differenziert auch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nachlesen aufgrund der Erläuterungen, die Staatssekretär Dr. Deubel gestern gegeben hat, worauf wahrscheinlich der Unterschied in den Zahlen zurückzuführen ist.

Meine Damen und Herren, an einem werden Sie nicht vorbeikommen. Frau Thomas, nun komme ich zu Ihnen. Wir haben in den vergangenen sieben Jahren eine durchschnittliche Ausgabenratensteigerung von 0,8 % gehabt. Meine Damen und Herren, die Jahre, die es in Ihrer Regierungszeit mit einer so knappen Ausgabensteigerung gegeben hat, können Sie an den Fingern einer Hand eines Schreinergeresellen abzählen, damit das klar ist.

(Dr. Weiland, CDU: Langsam,
langsam, langsam!)

Frau Thomas, was Sie hier gesagt haben von wegen „Sie beenden das Jahr mit einer Lüge“, das ist eine Dreistigkeit, die Sie nicht zum ersten Mal hier loslassen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Grimm:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Mittler, Minister der Finanzen:

Nein.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt sind Sie aber unverschämt!)

Das ist eine Dreistigkeit, die Sie nicht zum ersten Mal hier absondern. Sie haben den Eindruck erzeugt, insbesondere im Hinblick auf den Landesbetrieb Straßen und Verkehr, dass wir etwas gemacht hätten, was durch Beschlüsse nicht legitimiert gewesen sei. Sie haben hier noch Herrn Dr. Gölder, der natürlich gleich bereitwillig dann den Kopf geschüttelt hat, um Sie zu bestätigen, dass der Wirtschaftsausschuss mit einer höheren Kreditaufnahme nicht befasst worden sei. Das war auch gar nicht nötig, weil es sich nämlich aufgrund der Ausgabenermächtigungen und der Bewirtschaftung der Reste sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgaben-

seite des Vorjahres um einen ganz üblichen und normalen Haushaltsvollzug gehandelt hat.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na ja! 30 Millionen zusätzlich ganz üblich?)

Es hat sich um die übliche Abwicklung des Haushalts gehandelt. Ich kann Ihnen das einmal vorlesen, was Eure solide Haushaltspolitik angeht. Von Januar bis September 2003 sind die Mehranforderungen, die die GRÜNEN gestellt haben, quantifiziert worden. Im „best case“, im niedrigsten Fall, 950 Millionen Euro und im schlimmsten Fall 1,2 Milliarden Euro.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das ist die gleiche Methode, wie die Union sie anwendet, nur sind dort die Zahlen noch jeweils um einige hundert Millionen höher, im Gesamten eine Absenkung der Ausgaben zu fordern und in Bezug auf jeden Einzeletat eine Erhöhung der Ausgaben zu beantragen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das haben wir in den letzten Tagen erlebt.

Das wird in der Summe verantwortliche Haushalts- und Ausgabenpolitik genannt.

Nein, dieses Schild der Unsolidität werden Sie uns nicht umhängen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist eine unverschämte Behauptung! –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Sie aber nicht davon abbringen, die Augen vor der Tatsache zu verschließen. Davon will ich Sie nicht abbringen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Tatsachen hat Frau Thomas gesagt!)

Ich will Sie nicht davon abbringen zu ignorieren, dass die Einnahmen im vergangenen Jahr, insbesondere und fast ausnahmslos geprägt durch die Steuern, um 265 Millionen Euro niedriger gelegen haben, als wir sie geplant hatten.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, Sie haben von dem Plus bei der Nettokreditaufnahme gesprochen, und dies hier hat unmittelbare Auswirkung.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Aber das ist die Methode, möglichst Nebelkerzen werfen, damit der Blick auf die Details verstellt wird.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Aber darauf werden wir uns nicht einlassen. Ich will Sie auch nicht davon abhalten, die Fakten weiterhin zu bestritten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zum Haushalt 2004 machen. Ich will das in aller Kürze tun.

Zunächst einmal will ich nur darauf aufmerksam machen, dass wir im Haushaltsjahr 2004 350 Millionen Euro weniger Steuern zur Verfügung haben, als wir sie im Jahr 2000 hatten. Wir kommen bei den Steuern gerade erst einmal wieder im Jahr 2004 auf das Einnahmenniveau von 1999.

Nun geht es darum, ob wir davon ausgehen können, dass die Steuern in diesem Jahr auch in der prognostizierten Höhe – wie im Arbeitskreis Steuerschätzung geschätzt – fließen werden. Es gibt auch einen streitigen Diskurs – das ist etwas Positives – in Bezug auf stimulierende Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf die große Steuerreform.

Ich kann das im Einzelnen und das Desaster, das es in dieser Frage seit Wochen in der Union gibt, was letztlich gestern in der „Süddeutschen Zeitung“ zu der Überschrift „Die blamierte Opposition“ und heute in der „WELT“ zu der Überschrift „Renaissance der Kakophonie“ in Bezug auf die Steuerpolitik der Union führte, nicht detailliert darstellen.

(Dr. Weiland, CDU: Der Begriff ist in der SPD erfunden worden!)

Ich will es dabei bewenden lassen.

Meine Damen und Herren, allerdings will ich auf etwas aufmerksam machen.

Herr Dr. Böhr, Sie haben am 3. November 2003 in Bezug auf das Merz-Konzept geäußert, dieses Konzept bringt den Durchbruch.

Ich will Ihnen etwas zum Durchbruch sagen: Die Umsetzung des Merz-Konzepts kostet jährlich 24 Milliarden Euro – ich stütze mich auf die Zahlen von Bayern, die von Nordrhein-Westfalen bestätigt werden – plus Beschluss des Bundesparteitags der Union zum Kindergeld mit 17 Milliarden Euro. Das sind 41 Milliarden Euro. Die 41 Milliarden Euro bedeuten für Rheinland-Pfalz, für das Land und die Kommunen 1,03 Milliarden Euro weniger Einnahmen im Jahr. Davon entfallen auf das Land 758 Millionen Euro und auf die Kommunen in Rheinland-Pfalz 268 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, eine Mindereinnahme für das Land von 758 Millionen Euro! Die Bayern sagen, im ersten Jahr der Realisierung des Merz-Konzepts beträgt der Steuerausfall sogar 35 Milliarden Euro und nicht 24 Milliarden Euro, weil die Tarifabsenkung sofort durchschlägt, während die Gegenfinanzierungsmaßnahmen mit einjähriger Verspätung kommen. Das würde bedeuten, dass die Kommunen und das Land in Rheinland-Pfalz im ersten Jahr einen Ausfall von 1,3 Milliarden Euro hätten: 960 Millionen Euro das Land und 340 Millionen Euro die Kommunen.

Meine Damen und Herren, dies soll den Durchbruch bringen. Das ist wohl so.

(Jullien, CDU: Sie wollen keine Steuerreform?)

– Ich kann das jetzt im Einzelnen nicht aufnehmen.

(Jullien, CDU: Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

Finanzpolitik besteht aus zwei Seiten, aus Steuerpolitik und Haushaltspolitik. Ich kann immer wieder nur an Gerhard Stoltenberg, den langjährigen Finanzminister von Helmut Kohl erinnern, der immer gemahnt hat, dass eine verantwortliche Fiskalpolitik auch beide Seiten und einen fairen Ausgleich von Steuer- und Haushaltspolitik im Auge haben muss.

Meine Damen und Herren, die Verschuldung senken, nicht nur um Maastricht zu erfüllen, die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu erhöhen und dann noch die Steuern in dem Maß zu senken, das ist ein Dreisprung. Wer den unternimmt, der fällt auf die Nase.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich will noch einige wenige Anmerkungen zu dem machen, was wir in Bezug auf die Kommunen gemacht haben.

Frau Thomas, in Ihrer begnadet charmanten Art konnten Sie sich auch heute Morgen den Vorwurf der Trickserei nicht verkneifen. Andere haben das in der vergangenen Woche auch getan. Ich werfe es Ihnen nicht vor; denn ich gehe davon aus, dass Sie auch das nicht verstanden haben, was wir in Bezug auf das Verstaatlichungsdarlehen gemacht haben.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ursprünglich war vorgesehen, im kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2004 140 Millionen Euro und im Jahr 2005 290 Millionen Euro zu verrechnen. Das haben wir in der Weise geändert, dass die Abrechnungssumme des Jahres 2004 um rund 85 Millionen erhöht und die des Jahres 2005 vermindert wurde. Zugleich haben wir das Darlehen entsprechend erhöht. Für die Kommunen ergibt sich also kein Nachteil.

Jetzt hat Herr Dr. Böhr von einem zweifelhaften Trick gesprochen. Dann frage ich, was ist daran zweifelhaft, oder passt Ihnen etwa die ganze Richtung nicht? Wir hätten, um den gleichen Effekt in Bezug auf Nettokreditaufnahme und Verfassungsgrenze zu erzielen, die Abrechnung, wie sie uns möglich war, mit den Kommunen vornehmen können, dann hätten wir den gleichen Effekt gehabt, aber mit der Folge, dass die Kommunen um die entsprechenden Beträge geschwächt worden wären, nämlich im Jahr 2003 bereits um 45 Millionen Euro und in diesem Jahr um 225 Millionen Euro.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Meine Damen und Herren, das wäre das Ergebnis gewesen. Das ist der logische Zusammenhang.

Was die Verschuldung angeht: Wir zeigen im Kernhaushalt 968 Millionen Euro. Damit stellen wir uns optisch und im Ländervergleich schlechter dar, als wir sind; denn das Beistandspaktdarlehen mit 225 Millionen Euro und auch die Dotierung des Pensionsfonds mit 138 Millionen Euro stecken selbstverständlich in der Nettokreditaufnahme drin.

Wenn man diese beiden Sonderposten, die es in keinem anderen Land gibt, eliminiert, beträgt unsere Nettokreditaufnahme im Jahr 2004 nicht 968 Millionen Euro, sondern 605 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, auf den Zusammenhang will ich schon aufmerksam machen. Aber es wird Sie nicht weiter interessieren.

Die Debatte der vergangenen Tage hat deutlich gemacht, dass die Opposition uns keinen besseren Weg weist. Auch ich weiß, dass unsere Verschuldung sowohl im Hinblick auf den absoluten Stand als auch im Hinblick auf die Zunahme der Verschuldung Besorgnis erregend ist. Das muss mir niemand erklären. Das ist aber keine Sonderfeststellung im Land Rheinland-Pfalz, sondern eine Situation der öffentlichen Haushalte insgesamt. Vielleicht habe ich aber auch Ihre Klage über die Situation der Kommunen in den vergangenen Tagen falsch verstanden.

Deswegen ist der Zeitpunkt gekommen, in dem die großen politischen Lager in einen streitigen Diskurs darüber eintreten, nicht nur darüber, wie die Steuern weiter gesenkt werden können, sondern auch darüber, wie dies mit einer nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte verträglich gemacht werden kann. Das ist die wirkliche Herausforderung, vor der wir stehen. Ich bin sicher, dass wir mit dem Haushaltsentwurf, wie wir ihn vorgelegt haben, für das Jahr 2004 – so schwierig die Situation auch ist – vor dem Hintergrund der gegebenen Möglichkeiten das Optimale erreicht haben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Schneifel, Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse der Grund- und Hauptschule des Carl-Zuckmayer-Schulzentrums Mainz sowie Auszubildende des Berufsbildungswerkes Neuwied als Gäste im Landtag begrüßen zu können. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Weiland das Wort.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich lege Wert auf die Feststellung, dass der Finanzminister dieses Landes nicht in der Position ist zu entscheiden, was er

mir oder einer Kollegin oder einem Kollegen dieses Hauses durchgehen lässt oder nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall der CDU)

Herr Mittler, Sie sind in diesem Hause nur Finanzminister, nicht mehr und nicht weniger.

Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie die Souveränität besitzen und sich heute Morgen bei der Opposition dafür entschuldigt hätten, dass Sie die falschen Zahlen geliefert haben. Das ist der Sachverhalt.

(Zurufe aus dem Hause)

Herr Mittler, ich hätte von Ihnen die Souveränität und die Größe erwartet, dass Sie sagen: Meine Argumentation in meinem Redebeitrag am Mittwoch war falsch, weil ich der Opposition fälschlicherweise vorgeworfen habe, sie hätte bei dem einen Schuldenstand die Schulden von LSV und LBB mitgerechnet und in dem anderen Fall nicht. – Das war Ihre Begründung. Das konnte ausweislich der vorgelegten Zahlen aber gar nicht sein. Man musste auf den ersten Blick begreifen, dass das nicht sein konnte.

Deshalb hat Ihr Staatssekretär Herrn Bracht den wahren Grund für die Differenz von 500 Millionen Euro erklärt, indem er sagte, in dem einen Schuldenstand seien die Schulden im öffentlichen Bereich in Höhe von 500 Millionen Euro enthalten und in dem anderen nicht, was aus den Zahlen, die das Finanzministerium dem Parlament geliefert hat, nicht ersichtlich war, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist der Grund. Das ist die faktische Feststellung durch Ihren Staatssekretär, dass Sie vor dem Plenum eine falsche Begründung abgegeben haben und diesen Zusammenhang bis zur Stunde offensichtlich nicht begriffen haben.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Zur Erwidering hat Herr Staatsminister Mittler das Wort.

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben mit Schreiben des Staatssekretärs – ich habe den Brief jetzt nicht zur Hand – vom 9. Januar

(Jullien, CDU: Wir können Ihnen den Brief zeigen!)

– ich habe ihn im Kopf – entsprechend der Anfrage in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses mitgeteilt, wie hoch der vorläufige Schuldenstand des Landes zum 31. Dezember 2003 ist, und zwar rund 22,735 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch die Schulden der Landesbetriebe LBB und LSV. Damit haben wir Ihnen die vorläufigen Zahlen vorbehaltlich des endgültigen Rechnungsabschlusses mitgeteilt. Das waren die zutreffenden Zahlen.

Zu welcher Zahl Sie diese in Verbindung setzen, das ist Ihre Sache. Das haben Sie auf Ihre Art und Weise mit der Folge getan, dass Sie im besten Fall selbst einem Irrtum unterlegen sind, den Sie dann mit viel Getöse nach außen transportiert haben. Heute bringen Sie aber nicht die Kraft auf zu sagen: Pardon, an dieser Stelle haben wir uns geirrt. – Darum geht es.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Schnabel das Wort.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Schnabel, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, Sie kommen mir immer so vor wie der Wunderheiler oder Mediziner für die kommunalen Finanzen. Es ist richtig, wenn Sie sagen, der Beistandspakt und die Verstetigung seien einmalig in der Republik. In dieser Form stimmt das. Das ist ein Kredit an die Kommunen. Wir wissen alle, dass wir im Jahr 2004 rund 400 Millionen Euro von den Kommunen fordern müssen, die zurückgezahlt werden müssen. Das ist doch ein Kredit. Das ist doch kein Geschenk, das Sie den Kommunen machen.

(Ministerpräsident Beck: Es geht
um die Verstetigung!)

Was heißt „Verstetigung“? Sie haben in den vergangenen zehn Jahren den Kommunen 1 Milliarde Euro weggenommen bzw. vorenthalten, und zwar durch ständige Befrachtung.

(Beifall der CDU)

Da Sie lange genug in der Kommunalpolitik waren, wissen Sie genauso gut wie ich, dass den Kommunen vor Ort diese 1 Milliarde Euro fehlt und man den Finanzausgleich gedreht hat, bis man die 1 Milliarde Euro draußen hatte.

Herr Hörter hat gestern gesagt, dass wir am Ende der Tabelle im Hinblick auf die Ausstattung der Kommunen mit Finanzen stehen. Was sollen wir Ihnen denn noch mehr sagen, wie Sie die Kommunen behandeln? Was draußen los ist, weiß jeder. Wir können es nur immer wieder herunterbeten, dass knapp zwei Drittel der Kommunen im Laufe dieses Jahres einen unausgeglichenen Haushalt und Defizite in Milliardenhöhe haben.

Herr Minister Zuber sagte gestern dann noch so beiläufig, das sei alles über die eine oder andere Maßnahme noch zu verbessern, und es wäre schon alles machbar und denkbar. Am 18. Dezember vergangenen Jahres hat er endlich erklärt, dass Kommunen gemeinsam Geschwindigkeitsüberwachungen durchführen dürfen, also nicht von zwei Kommunen Leute im Fahrzeug sit-

zen müssen, sondern dass das eine Kommune machen darf. Das ist dann eine Meldung nach dem Motto wert, wie Sie den Kommunen in Rheinland-Pfalz helfen.

Es sind aber nur kleine Momente, die angesprochen und gesehen werden. Das reicht aber nicht aus. Die Kommunen brauchen aber etwas anderes. Sie benötigen Standardöffnung, Standardanpassung und Standardabbau. Sie benötigen im Hinblick auf die Bürokratie von Ihnen mehr Freiheit. Das machen Sie aber nicht. Wenn Sie ein Stück vom Zentralismus abgehen würden, dann wären wir schon ein Stück weiter.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wirz.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will versuchen, zurück zu den Niederungen des Einzelplans 12 zu kommen. Meine Damen und Herren, die staatliche Wohnungsbauförderung hat die Aufgabe, bei der Schaffung von Wohnraum in Einfamilienhäusern, Wohnhäusern, Mietwohnungen und der Umwandlung von bisher anderweitig genutztem Wohnraum soziale Härten auszugleichen und zur Schaffung angemessener Lebensverhältnisse im Rahmen der Fürsorgepflicht für die Bürger beizutragen. Hierbei wurden und werden diese Mittel nach subsidiären Grundsätzen und schwerpunktmäßig dem Bedarf entsprechend eingesetzt.

Der Staat erfüllt diese Aufgaben, soweit ihm dies von seiner finanziellen Leistungsfähigkeit her möglich ist. Der Bedarf in Rheinland-Pfalz wird wie überall durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Hierbei ist zu differenzieren zwischen der Nachfrage nach Mietwohnungen und dem Eigenheimbau.

Während beim Mietwohnungsbau der Bedarf aufgrund eines vorhandenen Überangebots stark rückläufig ist, muss nach wie vor von einer zwar konjunkturell bedingten Abschwächung, aber dennoch in ihrer Tendenz stabilen Nachfrage nach Eigenheimen und Eigentumswohnungen ausgegangen werden. Aufgrund dieser Umstände sind wir der Meinung, dass die äußerst prekäre Haushaltssituation und der Verschuldungsgrad unseres Landes, wobei es in diesem Zusammenhang völlig unerheblich ist, ob es sich nun um 1,6 Milliarden Euro, 1,9 Milliarden Euro oder ein Betrag darüber hinaus an Neuverschuldung handelt,

(Dr. Schmitz, FDP: Oh, oh, oh!)

eine vorübergehende Verminderung der Wohnungsbaukosten nicht nur rechtfertigt, sondern aus der Situation heraus zwingend macht, dies auch vor dem Hintergrund, dass Ende Oktober 2003 noch rund 90 Millionen Euro Haushaltsreste ausgewiesen wurden. Hierbei dürfte die von uns vorgeschlagene Reduzierung um 15 Millionen Euro in diesem Bereich verkraftbar sein. Das gilt

auch für die Verringerung um 6 Millionen Euro beim LBB.

Herr Finanzminister, wir würden es begrüßen, wenn das von Ihnen aufgelegte Zinsgarantieprogramm künftig noch weiter ausgedehnt und bei den Konditionen ein Zinssatz zugrunde gelegt werden könnte, der deutlich unter dem Marktniveau liegt, womit dieses Programm noch attraktiver würde.

Im Übrigen möchte ich noch einmal grundsätzlich daran festhalten und noch einmal feststellen, dass die Landesregierung selbst bei der Beratung des Doppelhaushalts 2002/2003 den von uns seinerzeit gemachten Vorschlag zur Verringerung der Wohnungsbaumittel um 25 Millionen Euro mit den gleichen Begründungen und Argumenten abgelehnt hat, wie dies von Ihnen, Herr Ministerpräsident, am Mittwoch und vom Herrn Finanzminister heute ebenfalls geschehen ist. Es ist natürlich sehr interessant, dass Sie dieses Argument heute und am Mittwoch wiederholen, nachdem die Landesregierung selbst im Nachtrag 2003 die Ansätze für den Wohnungsbau um 29,4 Millionen Euro, also um noch fast 5 Millionen Euro mehr reduziert hat, als dies von uns seinerzeit beantragt wurde.

Darüber hinaus ist eine Belegung der von Ihnen aufgestellten Behauptung, dass diese Mittel – Herr Itzek hat heute von 5 Millionen gesprochen und der Herr Ministerpräsident am Mittwoch von 95 % –

(Ministerpräsident Beck: Ich habe auch 5 Millionen gesagt!)

weitgehend belegt wären, nicht erfolgt.

(Ministerpräsident Beck: Ich habe auch 5 Millionen gesagt!)

– Ja, ich habe das verstanden. Herr Itzek hat heute von 5 Millionen gesprochen. Sie haben gesagt, weitestgehend belegt, nur ein ganz kleiner Teil. Das ist in dem Zusammenhang auch nicht wichtig.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass die Argumentation der Landesregierung im Zusammenhang mit dem diesjährigen Haushalt die gleiche Machart ist, wie das beim Haushalt 2002/2003 auch schon einmal passiert ist. Für uns ist noch viel wesentlicher die Behauptung, dass die Wohnungsbaumittel weitestgehend belegt wurden. Das lässt sich dem Haushalt an keiner Stelle entnehmen. Weder in den Begründungen noch in den Ausschussberatungen ist das in irgendeiner Weise belegt worden, was hier jetzt neuerdings in diesem Zusammenhang behauptet wird.

(Beifall der CDU)

Wenn das so ist, bitte ich die Landesregierung und auch die Koalitionsfraktionen um Verständnis dafür, dass wir diese Begründungen für die Ablehnung der Reduzierungen nicht glauben und die ganze Argumentation für ein taktisches Manöver halten, das mit der verfassungsmäßigen Aufgabe der Landesregierung – das möchte ich sehr verhalten sagen – nach unserer Auffassung eigentlich nicht in Einklang zu bringen ist.

Herr Kollege Itzek, ich komme auf Sie zurück. Wenn wir unsere Aufgabe als Opposition erfüllen, hat das weder mit der Quantität noch mit der Qualität oder dem Grad unserer Liebe zum Land Rheinland-Pfalz etwas zu tun. Wir haben in diesem Feld keinen Nachholbedarf. Das mag bei Ihnen etwas anders sein. Wir nehmen unsere Aufgabe ernst. Meine Damen und Herren, dies eben aus Liebe zu unserem Land Rheinland-Pfalz.

(Glocke des Präsidenten –
Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wenn ich Ihnen von meinen Lieben erzählen würde, die ich für dieses Land habe, würde ich heute gar nicht fertig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aber zu etwas ganz anderem reden. Herr Finanzminister, außer den Nettigkeiten, die Sie eben über mich geschüttet haben, habe ich eigentlich nur eines gemerkt, nämlich wie sehr Sie mit dem Rücken an der Wand stehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Ministerpräsident Beck: Oh, oh!)

– Herr Ministerpräsident, ich habe das auch in Ihrer Argumentation bemerkt. Wenn Ihnen sonst nichts mehr einfällt, ist Ihr Notargument immer, dass Sie irgendeine Liste aus der Staatskanzlei, dem Finanzministerium oder sonst wo her hochhängen und sagen: Wenn die regieren würden, würden die 1 Milliarde mehr ausgeben.

(Ministerpräsident Beck: So ist es!)

Den Nachweis im Detail sind Sie bisher jedes Mal schuldig geblieben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann doch nicht angehen, dass dann, wenn von den GRÜNEN eine Presseerklärung oder eine Kommentierung erscheint, im Finanzministerium sofort die Rechenmaschinen angehen. Ich würde dann gern einmal die Forderungen, die Ihre Damen und Herren von der SPD und der FDP hier und vor Ort in den Gemeinden und sonst wo aufstellen, im Gegenzug aufrechnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Dann hätte ich dazu von Ihnen auch gern einmal eine Auskunft. Dann würden Sie bei 1 Milliarde nicht stehen bleiben. Das zeigt doch nur, dass Ihnen ansonsten nichts mehr eingefallen ist.

Herr Mittler, an welcher Stelle haben Sie denn meine Argumentation oder die Zahlen widerlegt? Ich habe Ihnen doch nur dargestellt, was wir an Zahlen aus Ihrem Netz haben. Ich kann Zahlen lesen, und ich kann zwei Ziffern abziehen und auch das bewerten, was Sie am Mittwoch vorgelegt und vorgetragen haben.

Sie haben doch mit keinem Wort widersprochen, dass Sie dann, wenn Sie über die Ausgabenerhöhung sprechen, 130 Millionen Euro abziehen, dass Sie aber dann, wenn Sie über das Investitionsvolumen sprechen, die 130 Millionen Euro einbeziehen. Wenn das falsch war, stellen Sie sich an dieses Pult und sagen: Das ist in meiner Aufstellung anders.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Sie haben mit keinem Wort widerlegt, dass Sie nur – ich sage jetzt wirklich nur – um 20 Millionen Euro unter dem Ausgabenvolumen geblieben sind, das Sie ursprünglich einmal im Doppelhaushalt für das Jahr 2003 angesetzt hatten. 20 Millionen!

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Dazwischen gab es einen Nachtragshaushalt. Da ist die Landesregierung angetreten und hat gesagt: Die Einnahmenverluste kompensieren wir über Vermögensveräußerungen. Außerdem bereinigen wir die Gesamtausgaben – wir sparen, streichen und nehmen Ausgaben heraus – um 358 Millionen Euro. Übrig geblieben sind 20 Millionen Euro. Ich sage noch einmal, Sie haben das auch nur deshalb erreicht, weil Sie die Notbremse gezogen und den Beamtinnen und Beamten schon 2003 das Weihnachtsgeld gestrichen haben. In der Summe waren das rund 40 Millionen Euro. Das ist das Einzige, das Sie gerettet hat. Sonst hätten Sie Ihre ursprünglichen Angaben noch überschossen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Sie haben mit keinem Argument dargelegt, weshalb Sie 30 Millionen Euro mehr in den LSV gesteckt haben. Hat Sie die Verwaltung mehr gekostet? Hat Sie das Personal inklusive der drei Geschäftsführer, die das besser ins Laufen bringen sollen, mehr gekostet? Was war eigentlich Anlass und Ursache dafür, 30 Millionen Euro in diesen Bereich mehr hineinzuzahlen? Oder hat der Koalitionspartner wieder irgendetwas ausgehandelt?

Ich kann Ihnen nur sagen: Es geht nicht, dass Sie auf der einen Seite sagen, wir gehen mit dem zurück, was wir in den Straßenbau und in die Straßenbauverwaltung stecken, während Sie aber auf der anderen Seite den anderen Ressorts die Euros aus der Tasche ziehen. Ich kann nur alle Ressortminister einmal darum bitten, sich diese Haushaltsbilanz anzusehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann schauen Sie sich einmal an, was Sie an Sparmaßnahmen in Ihren einzelnen Ressorts erbracht haben und wo das hingeflossen ist. Dann gehen Ihnen vielleicht die Augen auf. Dann nehmen Sie einmal Ihren Finanz-

minister ins Verhör und in die Verantwortung. So geht das auf jeden Fall nicht.

(Ministerpräsident Beck: Verhör?)

– Herr Beck, ja, Sie können lächeln.

Wenn es ein Argument gegeben hätte, das Herrn Mittler gerettet hätte, hätte er es gesagt. Es ist ihm nichts mehr eingefallen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Ich sage es noch einmal: Ich finde, dann kann er die Hühner in der Eifel zählen, aber nicht ein Finanzministerium in diesem Land leiten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Präsident Grimm:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache über die Einzelpläne. Es wird vorgeschlagen, das Landesreferenzzinsgesetz an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu den Abstimmungen. Ich gestatte mir, auch im Interesse unserer Gäste im Landtag einige Hinweise zu geben.

Wie in der Vergangenheit werden wir zunächst die Änderungsanträge der Fraktionen aufrufen und abstimmen. Dabei werden die Änderungsanträge einer Fraktion grundsätzlich gebündelt zur Abstimmung gestellt, es sei denn, es wird zu einem Punkt Einzelabstimmung beantragt. In diesem Fall wird die Einzelabstimmung vor der zusammengefassten Abstimmung der übrigen Änderungsanträge dieser Fraktionen durchgeführt.

Nach der Abstimmung über die Änderungsanträge wird die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses insgesamt zur Abstimmung gestellt.

Im Anschluss daran wird über die Einzelpläne und dann über den Entwurf des Haushaltsgesetzes in zweiter Beratung abgestimmt, jeweils unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen.

Sodann erfolgt die Schlussabstimmung über das Landeshaushaltsgesetz. Zuletzt wird über die Entschließungsanträge der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs abgestimmt.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir zügig verfahren können, wenn Sie diesem Abstimmungsverfahren Ihre ganze Aufmerksamkeit schenken würden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2823 –.

Bitte schön, Herr Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, zur Geschäftsordnung. Die CDU-Fraktion beantragt eine namentliche Abstimmung zu Nummer 2 des Änderungsantrags zu Kapitel 03 10, Titel 422 05 (Kommissaranwärter).

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, Sie kennen das Verfahren. Sie haben die Abstimmungskärtchen in der Schublade vorliegen. Achten Sie bitte darauf, das richtige Kärtchen zu nehmen. Dies wird dadurch erleichtert, dass es eine Farbgebung gibt und Ja, Nein oder Enthaltung drauf steht.

Ich eröffne die Abstimmung.

(Die Stimmkarten werden von den schriftführenden Abgeordneten eingesammelt)

Ich schließe die Abstimmung. Die Auszählung kann beginnen.

(Die Stimmkarten werden ausgezählt)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung (Anlage) bekannt:

Abgegebene Stimmen 96,
gültige Stimmen 96.

Mit Ja stimmten 36,
mit Nein 60 Abgeordnete.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe nun die weiteren Teile des Änderungsantrags der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2823 – auf. Wir kommen zur Abstimmung der Nummern 12, 17 bis 25 (Umschichtung von FAG-Mitteln für Vorhaben der Wasserwirtschaft in den Schulbau). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 26 des Änderungsantrags (Lehrstuhl-Ausstattungsprogramm). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2823 – im Übrigen, mit Ausnahme der Nummer 1. Wer stimmt zu? – Wer lehnt ab? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2858 – (Kosten für Sachverständige). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2827 –. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat angekündigt, Einzelabstimmung zu den im Folgenden aufgeführten Nummern ihres Änderungsantrags zu beantragen. Dementsprechend ist zunächst einzeln abzustimmen über die Nummer 9 des Änderungsantrags (Familienarbeit). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zu Nummer 10 des Änderungsantrags (Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zu den Nummern 20 und 21 des Änderungsantrags (Regenerative Energien; Biomasse). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zu den Nummern 28 und 29 des Änderungsantrags (Zuweisungen an den SPNV; straßengebundener ÖPNV). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zu den Nummern 50 und 51 des Änderungsantrags (Jugendarbeit; Bildungsreferenten). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zu den Nummern 53 und 54 (Frauenhäuser; Notrufe). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zu den Nummern 57 und 58 des Änderungsantrags (Unterrichtsversorgung an Berufsschulen; Maßnahmen für Berufsschüler ohne Ausbildungsplatz). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zu Nummer 61 des Änderungsantrags (energetisches Sanierungsprogramm für Immobilien der LBB). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zu Nummer 62 des Änderungsantrags (Arp-Museum). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zu den Nummern 68, 69 und 70 des Änderungsantrags (Zentrale Verstärkungsmittel Hochschulen; Personalausgaben, Sachausgaben; Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2827 – im Übrigen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 14/2820 –.

Die Fraktion der CDU hat beantragt, über die folgenden Änderungsvorschläge der Beschlussempfehlung einzeln abzustimmen:

Fünf Titel betreffend Versicherung für Ehrenamtliche und Gegenfinanzierung (Kapitel 02 01, Titel 533 04, 546 02 neu, 412 74, 422 74 und 424 74). Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig.

Drei Titel gemeinsam (Kapitel 04 07, Titel 422 05 neu, Anwärterstellen ZBV; Kapitel 04 10, Titel 422 05 neu, 682 01 neu, Baureferendare bei dem LBB). Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig.

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist einzeln über die Regionalisierungsmittel (Kapitel 08 11, Titel 637 12, Regionalisierungsmittel) abzustimmen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Auf Antrag der Fraktion der CDU ist einzeln abzustimmen über die vier Titel, die die Förderung des ÖPNV (Regionalisierungsmittel; Kapitel 08 11, Titel 231 02, 331 02, 637 13 und 883 02) betreffen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ZU KAPITEL 12 20, Titel 722 01 (Ansatz und Verpflichtungsermächtigung; betrifft Gedenkstätte im ehemaligen KZ Hinzert). Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 14/2820 – im Übrigen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Einzelpläne unter Berücksichtigung zuvor beschlossener Änderungen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 01 – Landtag** –. Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 02 – Ministerpräsident und Staatskanzlei, Landesvertretung** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 02 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 03 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 04 – Ministerium der Finanzen** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 04 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 05 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 06 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 08 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 09 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 10 – Rechnungshof** –. Wer stimmt zu? – Der Einzelplan 10 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen und Wohnungsbauförderung** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 12 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 14 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 15 – Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 15 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzen** –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Einzelplan 20 ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in zweiter Beratung unter Berücksichtigung beschlossener Änderungen. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2823, Nummer 1 – ab. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf in zweiter Beratung unter Berücksichtigung beschlossener Änderungen ab. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Landeshaushaltungsgesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Das Landeshaushaltungsgesetz ist in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, der übliche Hinweis, dass Sie, der Landtag, den Präsidenten ermächtigen, die sich aus der Annahme von Änderungsanträgen unmittelbar ergebenden redaktionellen Folgeänderungen vorzunehmen. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge, meine Damen und Herren.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU „Umzug des Bundeskriminalamtes von Wiesbaden und Meckenheim nach Berlin verhindern“ – Drucksache 14/2822 –.

Herr Jullien, zur Geschäftsordnung, bitte schön.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident! Wir ziehen diesen Antrag zurück, weil es einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu diesem Thema gibt.

Präsident Grimm:

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU „Regionale Strukturförderung in Rheinland-Pfalz“ – Drucksache 14/2824 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU „Investitionen für Landesstraßen und Verkehrsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz“ – Drucksache 14/2825 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU „Haushaltungslage des Landes“ – Drucksache 14/2826 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kostensenkung und Effizienzsteigerung durch die organisatorische Neuordnung des Statistischen Landesamts“ – Drucksache 14/2828 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Schließung der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige (LuFA) in Trier“ – Drucksache 14/2829 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Öffnung der Institutionen des Landes durch Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten“ – Drucksache 14/2830 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Reform des öffentlichen Dienstes auf den Weg bringen“ – Drucksache 14/2831 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „20 Prozent plus x – Mehr Betreuungsplätze für die Kleinsten“ – Drucksache 14/2832 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und der CDU gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Berufsbildende Schulen zu Aus-, Fort- und Weiterbildungszentren ausbauen“ – Drucksache 14/2833 –.

(Abg. Dr. Braun meldet sich zu Wort)

Herr Dr. Braun, bitte schön.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir möchten für diesen Antrag Ausschussüberweisung beantragen.

Präsident Grimm:

Es ist Abstimmung beantragt worden. Wir stimmen über den Antrag ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Jullien, CDU: Ausschussüberweisung!)

– Nein, es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wir stimmen zunächst über die Ausschussüberweisung ab.

Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir stimmen nun in der Sache ab. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Mehr individuelle Förderung an Grundschulen“ – Drucksache 14/2834 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und der CDU gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Konsequenzen aus internationalen Bildungsvergleichen ziehen – längeres gemeinsames Lernen und bessere individuelle Förderung“ – Drucksache 14/2835 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und der CDU gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Finanzierung von Jugendbildungsmaßnahmen sicherstellen“ – Drucksache 14/2836 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Agrarwende auch für Rheinland-Pfalz“ – Drucksache 14/2837 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt

dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Verbraucherinnen- und Verbraucherinteressen wahren durch Stärkung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.“ – Drucksache 14/2838 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Mobilität in Rheinland-Pfalz umwelt- und sozialverträglich gestalten“ – Drucksache 14/2839 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Bedarfsgerechter Ausbau von Interventionsstellen für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Frauen“ – Drucksache 14/2840 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Bildungsbündnis zwischen Hochschulen und Land“ – Drucksache 14/2841 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kooperationen zwischen den rheinland-pfälzischen Hochschulen unterstützen“ – Drucksache 14/2842 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Subventionsbericht qualitativ weiterentwickeln – Subventionsabbau konsequent voranbringen“ – Drucksache 14/2843 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gender Mainstreaming im Landeshaushalt“ – Drucksache 14/2844 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gewalt gegen Frauen und Kinder mit präventivem Ansatz entgegenwirken – Präventionsarbeit der Notrufe und Frauenhäuser stärken“ – Drucksache 14/2845 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD,

der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Transparenz im Haushaltsvollzug erhöhen – Information des Parlaments über die Ausgabenentwicklung im Landeshaushalt“ – Drucksache 14/2846 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gedenkstätte ehemaliges Konzentrationslager Hinzert“ – Drucksache 14/2847 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Das ist einstimmig. Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP „Wirtschaftliche Impulse setzen, Ausgabewachstum begrenzen, kommunale Investitionen stabilisieren“ – Drucksache 14/2848 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP „Studienbedingungen an rheinland-pfälzischen Hochschulen verbessern“ – Drucksache 14/2849 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP „Kultur und Tourismus in Rheinland-Pfalz besser vernetzen“ – Drucksache 14/2850 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik – Konzepte für eine langfristige Orientierung des Landeshaushaltes entwickeln“ – Drucksache 14/2851 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kommunale Innovationen bei Hilfen zur Erziehung fördern“ – Drucksache 14/2852 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Auflage eines Programmes ‚Vom Landwirt zum Energiewirt‘ zur Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse im ländlichen Raum“ – Drucksache 14/2853 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? –

Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Nachhaltige Entwicklung waldökologischer und waldwirtschaftlicher Funktionen fördern“ – Drucksache 14/2854 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen – – –

(Zurufe von der CDU: Es gibt eine dritte Möglichkeit! Wir wollen auch mitstimmen!)

– Es schleicht sich ein Automatismus ein. Vielen Dank, ich werde aufmerksamer sein.

Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Finanzierung kleinerer Angebotsträger sichern“ – Drucksache 14/2855 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Schritte zur Bürgerversicherung“ – Drucksache 14/2856 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

(Abg. Dr. Braun meldet sich zu Wort)

Herr Dr. Braun, bitte.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir beantragen, den Antrag „Initiative zur Akzeptanz der Gebärdensprache in Rheinland-Pfalz“ – Drucksache 14/2857 – an den Ausschuss zu überweisen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sozialausschuss!)

Präsident Grimm:

Wer stimmt der Ausschussüberweisung zu? – Das ist einstimmig.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Arbeitsmarktpolitik fortsetzen – Aktive Kommunen stärken“ – Drucksache 14/2859 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gemeindefinanzreform fortführen – Kommunale Finanzautonomie und Selbstverwaltung stärken“ – Drucksache 14/2860 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Beabsichtigte Verlagerung des Hauptsitzes des Bundeskriminalamtes von Wiesbaden nach Berlin und Schließung des Standortes Meckenheim" – Drucksache 14/2861 –. Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über das **Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz**, Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2803 – in zweiter Beratung. Wir stimmen unmittelbar über den Gesetzentwurf in zweiter Beratung ab. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig.

Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben! – Auch das ist einstimmig.

Wir kommen zur Abstimmung über das **Landesgesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes**, Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2805 – in zweiter Beratung. Wer stimmt zu? – Das ist einstimmig.

Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben! – Das Gesetz ist auch in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Ministers der Finanzen „**Privatisierung der naomi technologies AG – Gesellschaft für Nano-, Oberflächen- und Mikrotechnik (naomi)** – Es geht um die Einwilligung des Landtags nach § 65 Abs.7 LHO – Drucksache 14/2788 – und um die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 14/2804 –. Wir stimmen also über die Zustimmung des Landtags zur Veräußerung der Aktien des Landes an diese AG ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Abstimmungsprozedur. Ich bedanke mich für die konzentrierte Mitarbeit und schliesse die Sitzung.

Ende der Sitzung: 11:45 Uhr.

Anlage**Namentliche Abstimmung**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/2823 – Nummer 2 (Kapitel 03 10 Titel 422 05) zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/2500 – „Landeshaushaltsgesetz 2004 (LHG 2004)“
Zweite Beratung

1. Altherr, Dr. Walter (CDU)	ja
2. Anheuser, Peter (CDU)	ja
3. Baldauf, Christian (CDU)	ja
4. Bauckhage, Hans-Artur (FDP)	nein
5. Baumann, Christine (SPD)	nein
6. Beck, Kurt (SPD)	nein
7. Billen, Michael (CDU)	ja
8. Bischel, Franz Josef (CDU)	ja
9. Böhr, Christoph (CDU)	ja
10. Bracht, Hans-Josef (CDU)	ja
11. Braun, Dr. Bernhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
12. Brede-Hoffmann, Ulla (SPD)	nein
13. Brinkmann, Ernst-Günter (SPD)	nein
14. Burgard, Dieter (SPD)	nein
15. Creutzmann, Jürgen (FDP)	nein
16. Dröscher, Peter Wilhelm, (SPD)	nein
17. Ebli, Friederike (SPD)	nein
18. Elsner, Petra (SPD)	nein
19. Enders, Dr. Peter, (CDU)	ja
20. Ernst, Guido (CDU)	ja
21. Fink, Monika (SPD)	nein
22. Franzmann, Rudolf (SPD)	nein
23. Frisch, Lutz (CDU)	ja
24. Fuhr, Alexander (SPD)	nein
25. Gebhart, Dr. Thomas (CDU)	ja
26. Geis, Manfred (SPD)	nein
27. Geisen, Dr. Edmund (FDP)	nein
28. Gölder, Dr. Georg (CDU)	ja
29. Grimm, Christoph (SPD)	nein
30. Grosse, Marianne (SPD)	nein
31. Grützmacher, Friedel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
32. Hammer, Helga (CDU)	ja
33. Hammer, Klaus (SPD)	nein
34. Hartloff, Jochen (SPD)	nein
35. Heinrich, Heribert (SPD)	nein
36. Hörter, Michael (CDU)	ja
37. Huth-Haage, Simone (CDU)	ja
38. Itzek, Gerd (SPD)	nein
39. Jullien, Herbert (CDU)	ja
40. Keller, Josef (CDU)	ja
41. Kiltz, Elke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
42. Kipp, Anne (SPD)	nein
43. Klamm, Hannelore	nein
44. Klöckner, Dieter (SPD)	nein
45. Kohnle-Gros, Marlies (CDU)	ja

46. Kuhn, Werner (FDP)	nein
47. Lammert, Matthias (CDU)	ja
48. Leppla, Ruth (SPD)	nein
49. Lewentz, Roger (SPD)	nein
50. Licht, Alexander (CDU)	ja
51. Mangold-Wegner, Sigrid (SPD)	nein
52. Marz, Reiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
53. Mertes, Joachim (SPD)	nein
54. Mertin, Herbert (FDP)	nein
55. Meurer, Elfriede (CDU)	ja
56. Mittler, Gernot (SPD)	nein
57. Mittrücker, Norbert (CDU)	ja
58. Mohr, Margit (SPD)	nein
59. Morsblech, Nicole (FDP)	nein
60. Nink, Manfred (SPD)	nein
61. Noss, Hans Jürgen (SPD)	nein
62. Pepper, Renate (SPD)	nein
63. Pörksen, Carsten (SPD)	nein
64. Presl, Fritz (SPD)	nein
65. Puchtler, Franz (SPD)	nein
66. Raab, Heike (SPD)	nein
67. Ramsauer, Günther (SPD)	nein
68. Reich, Beate (SPD)	nein
69. Remy, Sigurd (SPD)	nein
70. Rösch, Günter (SPD)	nein
71. Rosenbauer, Dr. Josef (CDU)	ja
72. Rüdell, Erwin (CDU)	ja
73. Schäfer, Dorothea (CDU)	ja
74. Schiffmann, Dr. Dieter (SPD)	nein
75. Schleicher-Rothmund, Barbara (SPD)	nein
76. Schmidt, Ulla (CDU)	ja
77. Schmitt, Astrid (SPD)	nein
78. Schmitt, Dieter (CDU)	ja
79. Schmitz, Dr. Peter (FDP)	nein
80. Schnabel, Heinz-Hermann (CDU)	ja
81. Schneider-Forst, Angela (CDU)	ja
82. Schneiders, Herbert (CDU)	ja
83. Schreiner, Gerd (CDU)	ja
84. Schwarz, Franz (SPD)	nein
85. Schweitzer, Harald (SPD)	nein
86. Seiler, Ulrich (SPD)	nein
87. Siegrist, Hiltrun (SPD)	nein
88. Stretz, Norbert (SPD)	nein
89. Thelen, Hedi (CDU)	ja
90. Thomas, Ise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
91. Weiland, Dr. Adolf (CDU)	ja
92. Weinandy, Mathilde (CDU)	ja
93. Weiner, Thomas (CDU)	ja
94. Wiechmann, Nils (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
95. Wirz, Walter (CDU)	ja
96. Zuber, Walter, (SPD)	nein

Abstimmungsergebnis:

Ja	36
Nein	60